



RUHRSTAHL



10

OKTOBER
1959

Verlagspostamt Witten

Werkzeitschrift

Nur für Betriebsangehörige



Titelfoto:

Öfen und Herde vom Rhein

Die Rheinstahl-Concordiahütte GmbH in Bendorf/Rhein ist das größte Industrieunternehmen des Landkreises Koblenz. Sie erzeugt Eisen- und Stahlguß, vor allem für die Werkzeug-, Kraftfahrzeug-, Nähmaschinen- und Elektroindustrie. In der breiteren Öffentlichkeit sind auch ihre Öfen und Herde unter dem Namen „Concordia“ bekannt. Die hierfür benötigten Gußteile werden in der 1952/53 errichteten halbautomatischen Maschinengießerei hergestellt, die über 11 Gießstrecken verfügt. Unser Foto zeigt einen Blick auf einige der am Kopfende der jeweiligen Gießstrecken stehenden Formmaschinen.

Foto: Ahlborn

Rücktitel:

Spiel um das Glück

Das Leben ist so etwas wie ein Glücksspiel mit Geschicklichkeitscharakter. Bei diesem „Glücksspiel“ dauert es jedoch seine Zeit, bis wir erkennen können, ob sich der Einsatz gelohnt hat — oder nicht. Da viele unserer Zeitgenossen nur materiellen Gewinn als „Glückserfolg“ zu werten pflegen und dazu noch ungeduldig sind, versuchen sie durch allerlei zusätzliche Spielmethoden dem Glück ein wenig auf die Sprünge zu helfen. Je länger sie sich jedoch an diesen „kleinen Spielen“ beteiligen, desto hartnäckiger hoffen sie auf den Haupttreffer, der ihnen als das „große Glück“ erscheint. Aber diese kleinen Totospiele des Lebens merken oft nicht, wie eitel diese Hoffnung ist: Das Glück läßt sich nicht zwingen.

Foto: Philipp

Seit 1954 leistet die Werkschwester Elsbeth Tiede im Verbandszimmer des Werksarztes der Henrichshütte Erste Hilfe.

Die Werkschwestern, und ebenso die Heilgehilfen in den Sanitätsstuben unserer Werke, gehören zu jenen Ruhrstahl-Mitarbeitern, die, obwohl nicht im Produktionsprozeß tätig, für das Werksgeschehen dennoch unentbehrlich sind. Tagtäglich ereignen sich in den Betrieben unserer Werke Bagatellunfälle — wir denken hierbei an Schnittwunden, kleinere Quetschungen und geringfügige Brandwunden —, denen in den werksärztlichen Stationen Erste Hilfe zuteil wird.

Foto: Ahlborn

Vom Bürgersinn

Vor einigen Wochen beging die Bundesrepublik Deutschland ihren 10. Geburtstag (siehe auch „10 Jahre Bundesrepublik“ auf Seite 12/13), aber ein besonderer Grund zum Feiern lag kaum vor. Noch immer ist dieser Staat, dessen Bürger wir sind, ein verfassungsmäßiges Provisorium, ein Teilstaat, dem noch immer die Wiedervereinigung mit seiner östlichen Hälfte versagt blieb.

Aber wer denkt schon daran, wenn er in des Tages Hetze mit dem Verdienen der Brötchen für sich und die Familie vollauf beschäftigt ist. Für den Bundesbürger ist die Bundesrepublik im Laufe der Jahre zu einem Staat geworden, der formal gesehen selbst für andere Staaten zum gleichrangigen Verhandlungs- und Vertragspartner geworden ist. Fast hält man's sich zugute und geht nicht selten bereits so weit zu sagen: „In Deutschland...“, meint man auch nur die Bundesrepublik.

*

Man sollte glauben, daß wir allesamt zu Demokraten wurden, seit jener Zeit, da man das neue Staatsgebilde aus der Taufe hob. Doch leider scheint's, als wäre auch in dieser Hinsicht wenig Anlaß zu Jubiläumsfeiern. In den vergangenen 10 Jahren haben wir – das wird auch allerorten anerkannt – nimmermüde aufgebaut aus Trümmern, die der Krieg uns hinterließ. Heut' haben wir's geschafft; Freunde, das Leben ist wieder lebenswert. Wie sah es traurig aus im Jahre 1949, doch wer zuzupacken mußte, wer die Chancen wahrnahm, die sich damals boten, der kann heute stolz auf eine Leistung blicken, die das Jubilieren lohnt. Doch über all der rastlosen Geschäftigkeit, das eigene Nest zu bauen und – fast nebenbei – den Staat, kam das zu kurz, was dem Staatswesen recht eigentlich den Inhalt gibt: der Bürgersinn.

Dies ist ein Vorwurf, den wir gern weit von uns weisen möchten. Haben wir nicht eine parlamentarische Demokratie mit allem Zubehör? Sind wir nicht freie Bürger, laut Verfassungstext begabt mit allen Menschenrechten? Gewiß. Sind wir nicht eine Volksgemeinschaft, fest verwurzelt auf dem Boden bundesrepublikanischer Staats- und Verfassungstreue? Nun ja. Doch was nutzt die Volksgemeinschaft, bleibt sie nur Lippenbekenntnis, ist sie nicht auch getragen vom Gemeinsinn, der uns zusammenstehen läßt in Zeiten der Bewährung.

*

Gemeinsinn, Bürgersinn. Das sind Begriffe, die uns nicht so recht geläufig sind. Zu sehr war sich jeder selbst der nächste in den vergangenen Jahren, als daß er viel geachtet hätte auf den Nachbarn oder gar den Staat. Man rackerte nur auf eigene Rechnung; den Staat, der uns umfriedet, mochten andere zimmern. Man ging ja wählen, zahlte Steuern, war's nicht genug? Während man im eigenen Garten säte, mochten andere sich ums große Feld kümmern, das zu bestellen not tat, zu unser aller Wohl. Man fand die Zeit nicht und auch nicht das Interesse, um sich selbst darum zu kümmern. Bequemerweise zahlt man Beitrag und läßt Verbände schalten, Organisationen walten, „im Auftrag“, um – ohne Skrupel – auch noch Vorteile herauszuhandeln aus dem Staat, dem doch viele innerlich recht fern stehen.

So ist für diese denn letztlich unser Staat einer Kuh vergleichbar, die man melken kann. Pensionen oder Renten, Versorgungs- oder Subventionensansprüche dieser oder jener Art soll er uns zugestehen. Endlos ist die Liste der Forderungen, die er uns erfüllen soll. Wo immer wir nicht weiterkommen mit unseren eigenen Mitteln – auf die wir sonst so stolz sind –, wird kurzerhand der Staat zitiert als Büttel – oder Prügelknabe, je nach Bedarf.

Daß wir zusammenstehen, wie jene traditionsbewußten Bürger einer Stadt, die sich nicht trennen wollten von der ihnen lieb gewordenen Bergbahn, das kennen wir im allgemeinen kaum noch. Der Bürgersinn, der noch zur Selbsthilfe sich aufzuschwingen weiß, scheint arg verkümmert. Die Obrigkeit muß her, wenn's hapert: man zahlt ja schließlich Steuern.

*

So leben wir in einem Zwiespalt, der politisch gar gefährlich werden kann: zwar sind wir Bundesbürger, doch demokratisches Bürgerbewußtsein ist uns – will man ehrlich sein – nach 10 Jahren Bundesrepublik noch immer ziemlich fremd. Soll es unserem Staatswesen auch so ergehen wie Weimar-Deutschland, das nicht vermochte, sich im Bewußtsein seiner Bürger zu verankern und nicht zuletzt deshalb zu stürzen war...?

Doch die Beziehungslosigkeit zum Staatswesen hindert uns nicht, seine Hilfe anzurufen, wo immer wir es nötig finden, nicht eingedenk, daß jeder Ruf nach „mehr Staat“ die bürgerliche Freiheit einengt, die wir doch so sehr schätzen lernten.

Wir wollen Hilfe immerfort, greifen keineswegs bescheiden in den Topf, den unser aller Fleiß mit Steuern füllt; doch wir bedenken nicht, daß jedes Mehr an Staatsausgaben nicht nur dem einen oder anderen zur Hilfe dient, sondern die übrigen zudem belasten muß. So mancher Interessent, als Gruppe oder Individuum, der eifertig sich des Staates bedienen möchte, sollte sich zuvor darum Gedanken machen, ob nicht mit eigener Kraft, mit Bürgersinn erfüllter Solidarität, dem Übel oder Notstand (vermeintlich oder auch tatsächlich) abgeholfen werden kann.

10 Jahre sind wir nunmehr Demokraten, und an schönen Reden fehlt's aus diesem Anlaß nicht; doch sind wir's wirklich, oder haben wir die Chance schon verspielt? Sind wir bereits nur Bürger, die, autoritätsgewohnt, dem Staate zwar geben, was des Staates ist, doch ihn nicht stützen, wie es Bürgersinn erfordert? Wo stehen wir, wenn er uns aufruft zur Bewährung als demokratische Bürger, deren Freiheit auf dem Spiel steht? Wir werden mehr darüber wissen, wenn abermals 10 Jahre ins Land gegangen sind. Mögen wir dann wirklich allen Grund zum Jubilieren haben.

RUHRSTAHL WERKZEITSCHRIFT

Nr. 10 Oktober 1959

Aus dem Inhalt:	Seite
Portrait der Arbeit: Heilgehilfin	2
Redaktionskommentar: Vom Bürgersinn	3
Berlin ist eine Messe wert	4—7
Rheinstahl-Konzern: Concordiahütte GmbH	8—10
Unbewältigte Vergangenheit (eine Diskussion der Ruhrfestspiele)	11
Zehn Jahre Bundesrepublik	12/13
Feuilleton: Mach dir nur einen Plan	14
Annen: Seit vier Generationen im Werk	15
Brackwede: Beteiligung an der Automobilausstellung Frankfurt	16/17
Rheinstahl-Vorstand besichtigt Ruhrverlegung	18/19
Unfallschutz: Gefahren beim Gasschweißen und Brennschneiden	20
Werksarzt: Wundstarrkrampf	21
Ruhrfestspiele: Otto Burrmeister wurde 60 Jahre alt	22/23

Herausgeber: Ruhrstahl Aktiengesellschaft, Witten

Verantwortlich: Siegfried Westphal, Leiter der
Presse-Abteilung

Redaktion: Dipl.-Volkswirt Heiko Philipp,
Witten-Annen, Stockumer Straße 28, Telefon 69 11
Nebenanschlüsse 74 34/74 32

Fotos: Werkzeitschrift Ahlborn (36); Werksfoto
Henrichshütte (2); Archiv (1); Ruhrfestspiele (1);
Schmitthenner, Annen (1)

Illustrationen: Siebeck (8)

Klischees: Proll und Kropf, Bochum

Druck: C. Hundt sel. Wwe., Hattingen

Auflage: 15 400

Kostenlose Abgabe an die Betriebsangehörigen

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion



Berliner Skizzen



Westberlin gleicht gegenwärtig einer riesigen Baugrube. In der City, am Zoo, rund um den Turmstumpf der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, am Ernst-Reuter-Platz und an vielen Stellen mehr wachsen Geschäfts- und Wohnbauten in den Himmel; ganze Straßenzüge sind aufgerissen, um den Bau der neuen U-Bahn-Linie Steglitz-Wedding voranzutreiben. In den Vororten entstehen Wohnblocks, gleich dutzendweise. Das über- und unterirdisch verlaufende Ring- und Sternsystem der Berliner Schnellstraßen wird zügig weitergebaut.

2,3 Mill. Menschen leben heute in Westberlin; der Strom der Rückwanderer und Zonenflüchtlinge, die in Westberlin bleiben wollen, läßt die Bevölkerungszahl langsam, aber stetig steigen. Das Ausmaß der Kriegszerstörungen war hoch; ausgedehnte Baulücken klaffen noch immer in vielen Vierteln, besonders der Innenstadt. Also herrscht auch hier akuter Wohnungsmangel, obwohl schon seit Jahren gebuddelt und gebaut wird. Die Stadt, nach dem Krieg für lange Zeit wirtschaftlich gelähmt, beginnt jedoch in immer stärkerem Maß die ihr innewohnenden Kräfte zu mobilisieren. Berlin kommt wieder...

*

Elf Monate sind vergangen seit dem Vorstoß des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow, Westberlin von den alliierten Besatzungstruppen räumen und es zu einer „Freien Stadt“ erklären zu lassen. Die möglichen Folgen dieses Vorschlags würden politisch wie wirtschaftlich einer völligen Isolierung Westberlins von der Bundesrepublik gleichkommen. Die gleichzeitig im November 1958 angekündigte Übertragung der sowjetischen Kontrollrechte über die Zufahrtswege von Westdeutschland nach Westberlin in die Hände der Sowjetzonenbehörden würde der Willkür alle Tore öffnen.

Seit jener Rede Chruschtschows am 27. November vergangenen Jahres ist Westberlin Thema Nr. 1 der Weltpolitik. Schon einmal, kurz nach der administrativen Spaltung Groß-Berlins in zwei Hälften im Jahre 1948, war die Freiheit der Westberliner durch die Schließung der durch die Sowjetzone führenden Zufahrtswege unmittelbar bedroht. Nur die Errichtung einer alliierten Luftbrücke, die die Versorgung Westberlins im pausenlosen Ein-

Sehen Sie, das ist Berlin: Der Drehorgelmann und die Ruine der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche; flankiert von modernen Geschäftshäusern sind sie wehmütig stimmende Überbleibsel aus dem Berlin der Jahrhundertwende (Bild ganz links oben). Das eherne Standbild des preußischen Kriegsministers Roon: ein stummer Zeuge des Aufbaus im zerstörten Hansaviertel (links oben). Quirlender Verkehr, Ruinen und Neubauten; die Berliner City des Jahres 1959 (links). Das Großfoto des 1. Schmelzers Karl Herbold (Stahlwerk Henrichshütte) in der Gemeinschaftsschau der Eisen- und Stahlindustrie auf der Deutschen Industrie-Ausstellung scheint mit westfälischer Gelassenheit auf die betriebsamen Berliner zu schauen: „Janz Balin war eene Wolke...“

satz übernahm, vermochte die Sowjets davon zu überzeugen, daß die Westalliierten nicht geneigt waren, Westberlin im Stich zu lassen; im Mai 1949 öffneten sich überraschend wieder die Tore nach Westberlin.

*

Rund 85 % der Westberliner Industriekapazität waren entweder zerstört oder demontiert. Als die Lage am hoffnungslosesten schien, 1948/49, wurde mit dem Aufbau begonnen. Das Kraftwerk Reuter ist zum Symbol für den Willen der Bevölkerung geworden, nicht aufzugeben: Es wurde während der Blockadezeit gebaut; fast sämtliche Bau- und Maschinenteile kamen per „Luftpost“ aus Westdeutschland.

Heute beschäftigen die rund 8000 Westberliner Industriebetriebe etwa 300 000 Menschen; das sind etwa 50 % aller im Wirtschaftsleben Westberlins Tätigen. Im 1. Halbjahr 1959 setzte die Industrie Waren im Wert von 3,65 Mrd. DM um gegenüber nur rund 1,85 Mrd. DM im ganzen Jahr 1950. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte mit nur noch 39 000 den bisher tiefsten Stand seit Kriegsende.

Das seinerzeitige Berlin-Ultimatum der UdSSR hat die Westberliner nicht mutlos gemacht und den Westen von seinen Berlin-Garantien nicht abrücken lassen. Im Gegenteil: der Westen hilft mehr als zuvor, um die politische Stabilität zu sichern und der wirtschaftlichen Wiedergesundung Westberlins verstärkte Impulse zu geben. Die erfolgreiche Berlin-Aktion der westdeutschen Wirtschaftsverbände, der Anreiz neuer steuerlicher Vergünstigungen für Investitionen in Berlin, erweiterte Transportgarantien zur Abdeckung des Interzonenverkehrs-Risikos und zusätzliche Marshall-Plan-Gelder zeigen die westdeutsche Initiative.

*

Ganz Westberlin scheint ständig auf den Beinen oder auf der Achse zu sein. Autokolonnen stauen sich an den Ampeln, die an fast



BERLIN

ist eine Messe wert

Vom 12.-27. September wurde auf dem Messegelände am Funkturm die 10. Deutsche Industrieausstellung abgehalten. Im Rahmen dieser von 1041 Firmen beschickten Ausstellung, die keine Verkaufsmesse, sondern ein überdimensionales Schaufenster westdeutscher und Westberliner Industrieleistung ist, hat die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, wie schon in den vergangenen Jahren, mit einer Gemeinschaftsschau der westdeutschen Hüttenwerke den Berlinern Grüße von der Ruhr übermittelt. Nicht Werkstücke, sondern Modelle interessanter Anlagen und Erzeugnisse gaben einen Eindruck vom Leistungsstand der Ruhr-Industrie. Die Rheinischen Stahlwerke waren in dieser Schau mit dem Modell des 1956 von der Rhein Stahl Nordseewerke Emden GmbH erbauten Frachtmotorschiffes „Geestemünde“ (9392 BRT), mit dem Betriebsmodell einer Strangguß-Anlage (Gussstahlwerk Gelsenkirchen) sowie mit dem Modell einer modernen Zementfabrik (Induplan), vertreten. Ruhrstahl zeigte mit einigen Großfotos aus den Betrieben den Ausstellungsbesuchern einige Aspekte aus der Arbeitswelt der Stahlwerker. – Etwa 750 000 Menschen aus West- und Ostberlin sahen die diesjährige, vornehmlich auf den Konsum zugeschnittene Deutsche Industrieausstellung. Im Jahre 1950 als politische Demonstration gegenüber dem Osten erstmalig veranstaltet, hat sich die Ausstellung zu einer Demonstration des Westberliner Aufbauwillens entwickelt, der allen politischen und wirtschaftlichen Widrigkeiten zum Trotz von Jahr zu Jahr an Intensität gewonnen hat.

jeder Straßenkreuzung der Hauptverkehrsadern den von Jahr zu Jahr stärker anschwellenden Verkehr zu regeln suchen. Autobusse und Straßenbahnen befördern täglich Hunderttausende innerhalb des Stadtgebietes. Die U-Bahn und S-Bahn übernehmen weitere Hunderttausende. Man ist geschäftig und beschäftigt in Berlin.

An Sonn- und Feiertagen geht der Berliner mit Kind und Kegel zu „Mutter Grün“ in den Grunewald, den Stadforst, an den Wannsee, an die Havel. Kiefernwälder und Märkischer Sandboden, Segelboote auf den ruhigen Wassern: das ist das andere Berlin, in dem Hunderttausende Entspannung suchen nach einer anstrengenden Arbeitswoche im Steinmeer der Millionenstadt. Noch immer kann man im Grunewald zur Saubucht wandern oder zum Jagdschloß, nach Paulsborn oder zur Hundekehle. Aber wenn der Berliner hinaus will, nach Kloster Lehnin, an den Müggelsee oder auch nur zu seinem Schrebergarten in Klein-Machnow, dann ist für ihn die Welt wie mit Brettern vernagelt: in die Sowjetzone darf er nicht. 2,3 Mill. Menschen dürfen sich nur in einem Gebiet bewegen, das etwa so groß ist wie die Großstädte Frankfurt/Main, München und Stuttgart zusammengekommen. Mit Westdeutschland sind sie durch die politisch stets gefährdeten Nabelschnüre der Autobahnen Helmstedt-Hannover, Hof-Nürnberg und die Bundesstraße Nr. 5 Berlin-Hamburg verbunden. Darüber hinaus bleiben nur die Interzonenzüge und natürlich das Sprungbrett in die weite Welt – der Flughafen Tempelhof.

Der Westberliner täuscht sich nicht darüber, daß seine Stadt auf der politischen Landkarte einer Insel gleicht, die ständig bedroht ist, fortgeschwemmt zu werden. Er weiß auch, daß er in seiner Existenz abhängig ist von Westdeutschland, das 62% der Westberliner Industrieerzeugung aufnimmt. Das Hinterland, die traditionellen Absatzmärkte Berlins in der Mark Brandenburg, in Pommern, Mecklenburg und Mitteldeutschland, sind heute Sowjetzone und damit unerreichbar. Hierin liegt ein wesentlicher Grund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Westberlins.

Auch der gegenwärtige überdurchschnittliche Konjunkturanstieg in Westberlin ist zu einem guten Teil nur auf die Wirtschafts-

belebung Westdeutschlands zurückzuführen. Die Impulse, die von der Investitionsgüterindustrie ausgingen, waren erfreulicherweise stark genug, um sich auch in der Verbrauchsgüterindustrie fortzupflanzen.

Das kräftige Ansteigen der Industrieproduktion im 1. Halbjahr 1959 war offenbar kein Strohfeuer, wie verschiedentlich befürchtet wurde. Da sich die Auftragseingänge im 2. Quartal um 18% erhöht haben, darf man mit einer nachhaltigen Wirtschaftsbelebung rechnen. Sie kommt vor allem der schon immer in Berlin ansässigen bedeutenden Elektroindustrie zugute, auf die etwa 30% der gesamten Industrieproduktion entfällt. Aber auch der Maschinenbau, die Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie sowie die feinmechanische und optische Industrie haben ihre Wachstumsrate gegenüber den Vorjahren wesentlich steigern können. Ein gleiches gilt für die Konsumgüterindustrie, innerhalb der besonders die Textil-, Schuh-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie einen bedeutenden Umfang hat.

Das z. Z. günstige Wirtschaftsbild darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Westberliner Industrieproduktion heute erst bei etwa 130% gegenüber 1936 (= 100) liegt, während der westdeutsche Produktionsindex bereits rund 240 (1936 = 100) beträgt.

Aus diesem Vergleich wird deutlich, wie sehr die Wirtschaftsentwicklung Westberlins noch hinter der des Bundesgebietes herhinkt. Erklärlich ist dies allerdings aus der besonderen politischen Situation der Stadt. Der Vergleich läßt aber auch ahnen, welche wirtschaftlichen Kraftreserven noch in Berlin vorhanden sind.

Wohl keine Stadt Westdeutschlands bietet ein derartig reichhaltiges Vergnügungs- und Unterhaltungsprogramm wie Westberlin. Theater, Konzert, Oper, Kabarett, Tanzlokale, Bars und sonstige Stätten des Vergnügens sorgen dafür, daß Westberlin auch nach Dunkelwerden mobil bleibt. Die einstige Reichshauptstadt, in den zwanziger Jahren die führende Theaterstadt der Welt, ist kunst- und theaterfreudig wie kaum eine zweite in Deutschland. Nach dem 1. Weltkrieg war sie geistiger Mittelpunkt einer ganzen Generation; das Romanische Café gegen-

(Lesen Sie bitte weiter auf Seite 22)

Berlin hat viele Gesichter: Glanz und Niedergang des Deutschen Reiches symbolisieren sich in unserem Foto rechts: Nur einen Steinwurf voneinander entfernt liegen am Tiergarten die im Wiederaufbau befindliche Ruine des Deutschen Reichstages und das den gefallenen sowjetischen Eroberern Berlins gewidmete Ehrenmal. Seit dem Fall Berlins vor über vierzehn Jahren hat sich in der seit 1948 zweigeteilten Stadt allerdings vieles geändert: Die Siemens-Werke sind wieder Berlins größter Arbeitgeber (1. Bild v. l.), im Hansaviertel wuchsen hypermoderne Wohnbauten aus den Trümmern (2. Bild v. l.); die Narben des Krieges sind aber noch lange nicht verheilt: Baulücken, Ruinen und Neubauten stehen oft hart gegeneinander. Auch in Ostberlin wird wieder aufgebaut, vielfach jedoch nach sowjetischem Vorbild (unser Foto unten zeigt eine Fassade in der Stalinallee). Ost- und Westberlin gemeinsam aber blieben die berühmten „Berliner Balkons“ der Mietskasernen aus der Zeit um die Jahrhundertwende (ganz rechts). Hier lebt der Ur-Berliner mit Familie, Hund und sorgsam gepflegten Geranienkästen



RHEINSTAHL CONCORDIAHÜTTE GMBH BENDORF/RHEIN

Im Rahmen unserer Betriebsreportagen über die Unternehmen des Rheinstahl-Konzerns berichtet die Ruhrstahl-Werkzeitschrift über die Rheinstahl-Concordiahütte GmbH, die in Bendorf/Rhein bei Koblenz beheimatet ist. Das bereits 1838 ursprünglich als Eisenhütte gegründete Werk stellt heute neben Eisen- und Stahlguß vorwiegend für die Werkzeug-, Fahrzeug-, Nähmaschinen- und Elektroindustrie auch Öfen und Herde für den Hausgebrauch her. Damit gehört die Concordiahütte zu den wenigen Rheinstahl-Unternehmen, die auch typische Konsumgüter produzieren.



Verläßt man die Autobahn in Richtung Frankfurt an der Ausfahrt „Dierdorf“ und fährt in Richtung Koblenz durch das idyllische, von einer kurvenreichen Straße durchzogene Sayntal, so gelangt man nach etwa 20 Minuten in das rund 15 000 Einwohner zählende Bendorf, das sich im Neuwieder Becken fast bis an den Rhein hinzieht. Hier, im Zentrum der Bimssteinindustrie, ist die Concordiahütte mit ihren z. Z. etwa 1340 Arbeitern und Angestellten eines der bedeutendsten Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie und das größte Unternehmen im Landkreis Koblenz überhaupt.

Die Gründung der Concordiahütte geht auf Carl Maximilian Lossen zurück, der 1812 ein größeres Gelände in Bendorf-Sayn-Mülhofen, am Fuße der Westerwaldhöhen erwarb, um dort wegen der günstigen Standortbedingungen eine Eisenhütte zu errichten: Das Erz sollte aus Hessen-Nassauischen Gruben kommen; der Rhein bildete einen billigen Transportweg für die Kohle von der Ruhr, und der Saynbach würde die notwendige Energie erzeugen.

Erst 1838 begann die Verwirklichung des ehrgeizigen Projekts: 1842 konnte „Lossens Hett“, wie man im Volksmund zuweilen heute noch die einstige „Gebrüder Lossen Concordiahütte“ nennt, mit zwei Hochöfen und einer englischen Puddelhütte mit Stahlwerk die Produktion aufnehmen. Ergänzt wurden diese Anlagen in den folgenden Jahren durch Schweiß- und Glühöfen sowie Walzwerksmaschinen. Da sich das Unternehmen gut anließ, wurde es 1868 durch die Aufnahme der Produktion von Heiz- und Kochöfen sowie von Poterie- und Maschinenguß erweitert. Die Grundlage für die künftige Entwicklung der Concordiahütte als Gießereibetrieb war damit geschaffen. 1896 wurde auch eine Stahlgießerei eingerichtet. Schließlich wurde 1913 noch die Kokserzeugung (einschließlich Nebenprodukten) aufgenommen.

Kapitalmangel zwang die Gründerfamilie, 1900 die Hütte in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln; 1921 erfolgte die Fusion mit den Rombacher Hüttenwerken. Das Werk umfaßte zu jener Zeit neben drei Hochöfen eine Spezialeisenanlage, eine Schlackensteinfabrik und ein Hochofenzementwerk, eine Kokerei, ein kleines SM-Stahlwerk, ein Ziegelwerk, eine Radsatzfabrik, eine Stahlformgießerei, eine Eisengießerei mit Ofen- und Herdfabrik (samt Emaillierwerk und Vernickelungsanstalt) sowie eine damals in Bau befindliche Großschmiede.

Die Concordiahütte war, obschon größenordnungsmäßig nicht mit den Hütten an der Ruhr zu vergleichen, ein in sich geschlossener Hüttenwerkskomplex.

Die Zugehörigkeit zum Rombach-Konzern wurde 1926 durch dessen Zusammenbruch beendet. Die gerade gegründeten Vereinigten Stahlwerke übernahmen die Hütte unter der Firmen-





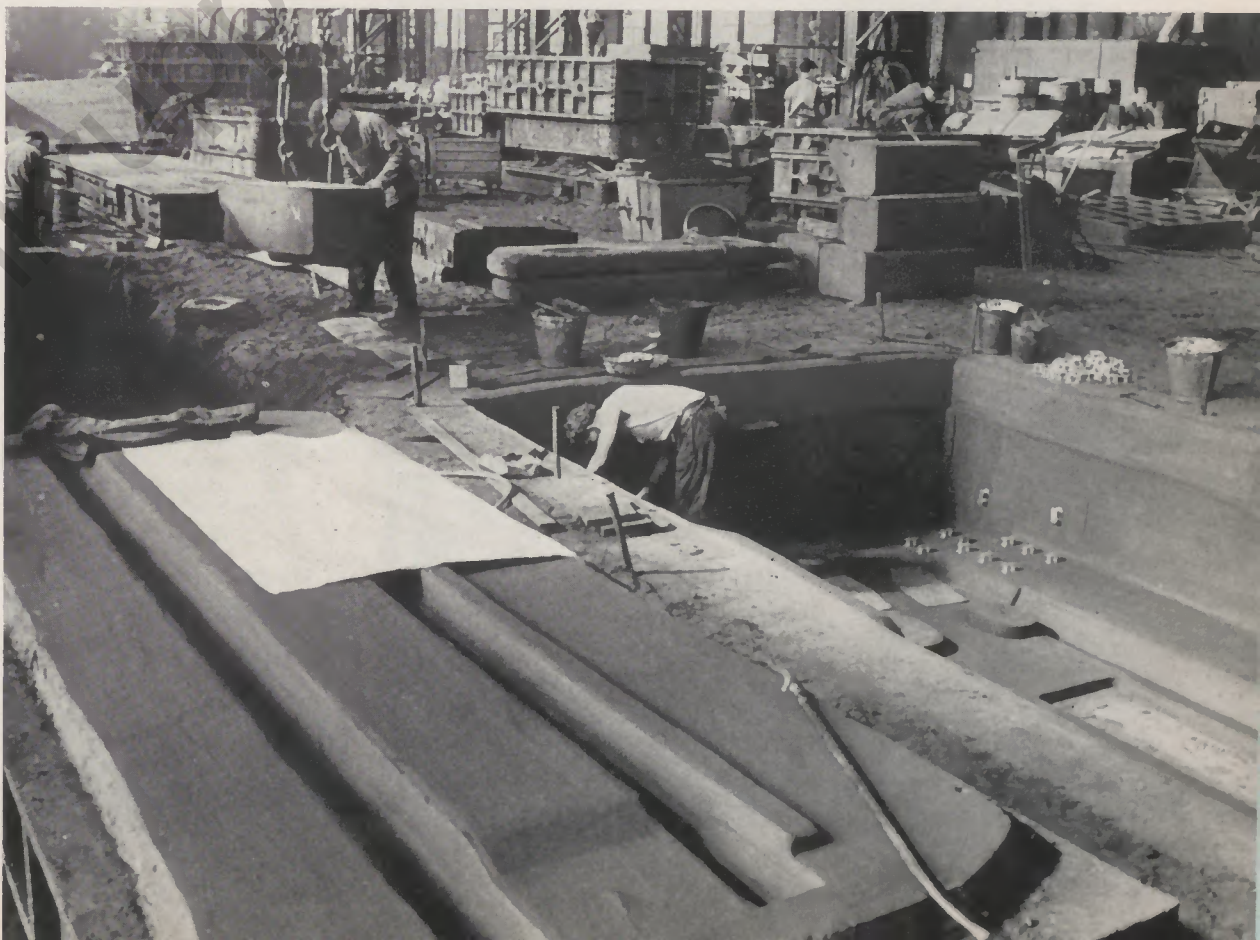
bezeichnung „Vereinigte Stahlwerke, Abt. Concordiahütte“. Im Zuge umfangreicher Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen im Rahmen einer Konzentration der von der Depression heimgesuchten Hüttenindustrie mußten der Hochofenbetrieb (mit Nebenbetrieben), die Radsatzfabrik und die Großschmiede demontiert werden. Das Schwergewicht der Erzeugung lag von nun an bei der Ofen- und Herdfabrikation sowie der Stahlgußproduktion. Aus einem gemischten Hüttenwerk wurde ein Gießereibetrieb. Eine Maschinengießerei wurde neu eingerichtet, verschiedene Betriebe der Ofen- und Herdfabrikation modernisiert. Zu weiteren Spezialitäten des Werkes wurde die Herstellung von Rostgliedern und dünnwandigem Qualitätsguß. Darüber hinaus wurde Maseln-Kleinguß und Formmaschinenuguß produziert. Ende der zwanziger Jahre nahm die Concordiahütte die Herstellung von

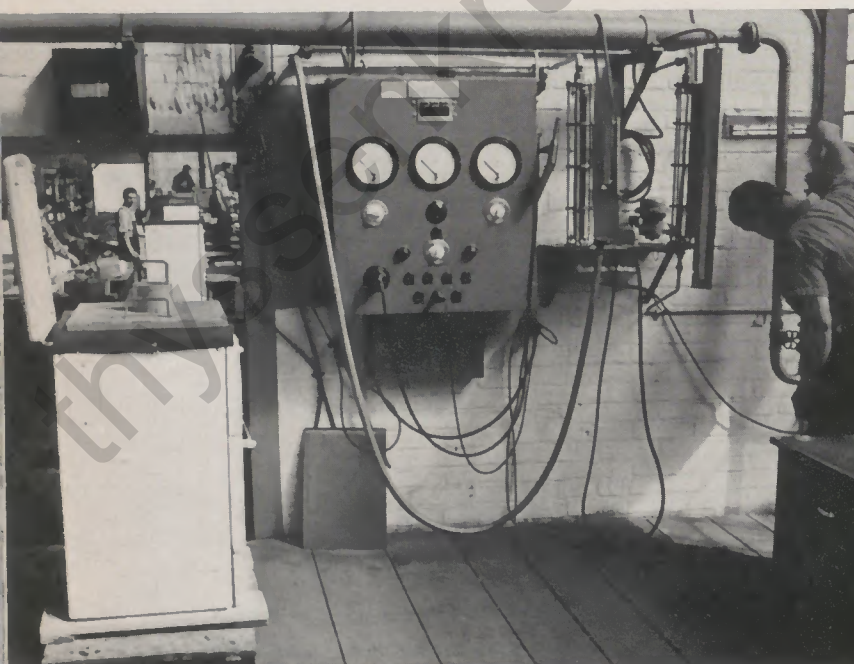
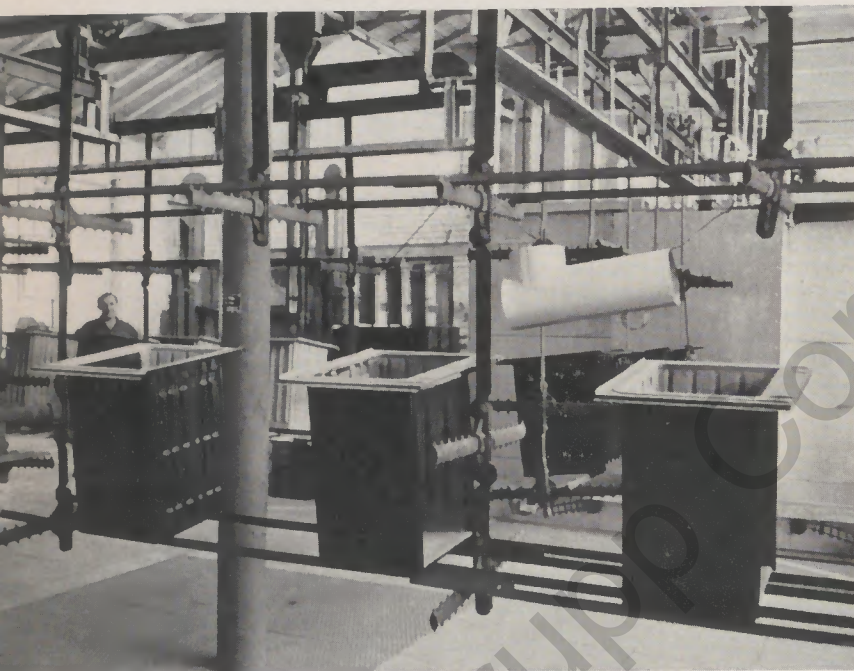
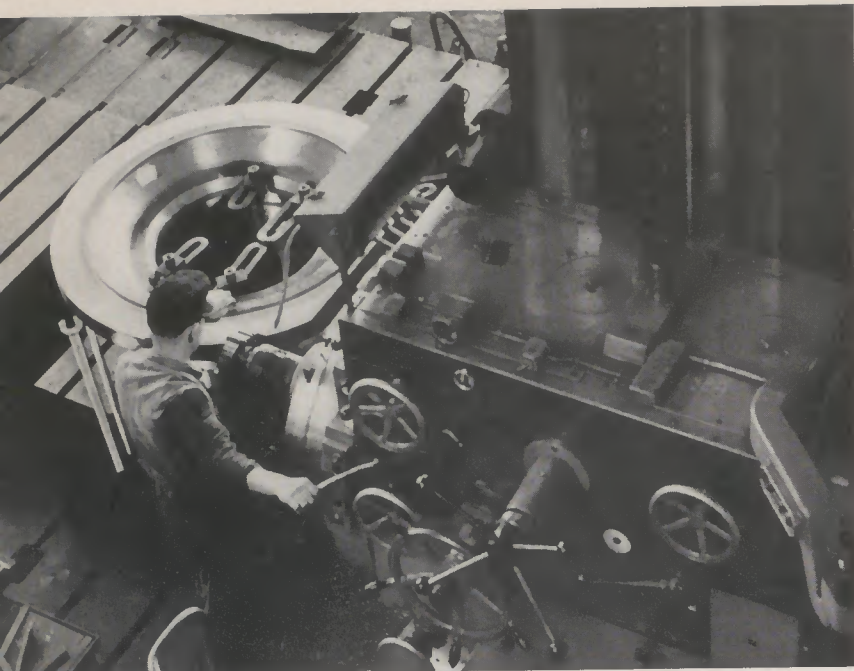
Erzsinterbändern und Schwefelabröstapparaten im Auftrag einer bedeutenden deutschen Konstruktionsfirma auf. Diese Geschäftsverbindung besteht noch heute. Der Ofen- und Herdabsatz – im Verlauf der Umorganisation vernachlässigt – wurde intensiviert und der verlorengegangene Markt wieder zurückgewonnen. Die Kriegsergebnisse überstand die Hütte fast unversehrt, doch die Demontage lebenswichtiger Anlagen führte fast zur Schließung des Werkes. Schließlich gelang es doch unter schwersten Bedingungen und mit etwas Glück, einen Teil der Produktion aufrechtzuerhalten und damit einen neuen Start zu finden.

*

Im Zuge der Liquidation der Vereinigten Stahlwerke ging die Hütte in den Besitz der Rheinstahl-Union Maschinen- und Stahl-

Ein vielseitiges Werk: Eisen- und Stahlguß bilden die Produktionsgrundlage der bereits im Jahre 1838 als Eisenhütte gegründeten Concordiahütte. Die monatliche Eisengußkapazität beträgt rund 2000 t, während an Stahlguß bis zu 500 t monatlich erzeugt werden können. Ein nach dem Krieg errichteter 6-t-Elektroofen (Bild links) bildet die Stahlbasis, begrenzt aber die Größe der Stahlgußstücke. Die Kapazität der Graugießerei erlaubt die Herstellung von Graugußstücken bis zu 30 t. Unser Foto rechts zeigt die Form eines schweren Maschinenbettes. Der Stolz des Werkes ist die 1952/53 errichtete halbautomatische Maschinengießerei, in der auf elf Gießstrecken sämtliche Gußteile für die eigene Ofen- und Herdproduktion sowie für die verschiedener Konkurrenzunternehmen hergestellt werden (Bild oben)





bau AG über und wurde 1957 nach deren Fusion mit den Rheinischen Stahlwerken unmittelbare Tochtergesellschaft von Rhein Stahl. Seit dem 1. Februar 1958 firmiert das mit einem Stammkapital von 4 Mill. DM ausgestattete Werk als Rheinstahl Concordiahütte GmbH.

Der Neubeginn nach Kriegsende war für die Hütte, zumal nach Demontage eines großen Teils des Maschinenparks, außerordentlich schwer. Mit der Rationalisierung und Reorganisation des Werkes war es nicht getan, ohne neue Maschinen war ein wirklicher Neubeginn nicht zu schaffen. Erst ab 1951 konnte die Hütte in größerem Rahmen investieren. Was seither geleistet wurde, ist allerdings außerordentlich: Die fast vollständig demontierte Bearbeitungswerkstatt erhielt nicht nur einen modernen Maschinenpark, sondern auch eine große Montagehalle. Das Stahlwerk wurde mit einem neuen 6-t-Elektroofen, Glüh- und Trockenöfen und einer modernen Sandaufbereitungs- und -transportanlage ausgerüstet. Das preßluftfrei nach dem Schleuderrad-Prinzip arbeitende neue Putzhaus der Stahlgießerei ist noch immer das größte Aggregat dieser Art in der Bundesrepublik.

Die bemerkenswerteste Investition (rund 4,5 Mill. DM) ist die 1952/53 errichtete mechanisierte Graugießerei, ein halbautomatisch arbeitender Betrieb, in dem auf 11 Gießstrecken „am laufenden Band“ Guß für den Eigenbedarf (Öfen und Herde) sowie Massen-Kleinguß als Kundenguß hergestellt wird.

Ein erst kürzlich erworbener Schlitzbrennofen im Emaillierwerk sowie ein modernisiertes Montageband für die Ofenfertigung (das in Kürze mit einem entsprechenden Band für die Herdfertigung kombiniert werden soll) kennzeichnen die Anstrengungen des Werkes, auch auf diesem Sektor konkurrenzfähig zu bleiben.

Rund zwei Drittel des Umsatzes, der im vergangenen Jahr bei etwa 25 Mill. DM lag, entfallen auf Stahl- und Eisenguß (Teile für die Werkzeugmaschinenindustrie, Kupplungs- und Motorengehäuse für die Kfz-Industrie sowie Grundplatten, Schwungräder und Gehäuse für die Nähmaschinenindustrie). Die Stückgewichte bei Stahlguß erreichen 6 t, während die schwersten Graugußstücke 30 t wiegen.

Die Monatskapazität liegt bei 2000 t Grauguß und etwa 500 t Stahlguß. Die ungünstige Lage auf dem Gußsektor im vergangenen Jahr hat natürlich auch das Ergebnis der Concordiahütte beeinträchtigt. Erst in den letzten Monaten hat sich hier das Geschäft wieder belebt.

Ein nur geringer Umsatzanteil stammt aus dem Verkauf von Öfen und Herden, wobei Herde (Gas-, Elektro- und Kohleherde) den geringeren Anteil haben. Die Ofenproduktion, die 1955/56 einen Höhepunkt erreichte, hat sich in den folgenden Jahren fühlbar rückläufig entwickelt, was auf die strukturelle Umschichtung von Öfen für feste Brennstoffe (Kohle) auf solche für Öl und die Ausstattung vieler Neubauwohnungen mit Zentralheizungen zurückzuführen ist. Zwar hat die Concordiahütte ihre Produktion inzwischen auch auf Ölöfen umgestellt, aber ein solcher Umstellungsprozeß läßt sich nicht von heute auf morgen durchführen.

Immerhin konnte das Werk seinen Marktanteil in Konkurrenz zu 120 weiteren Ofen- und Herdherstellern in Westdeutschland halten. Um einen Begriff von dem Ausmaß des Konjunktüreintrucks auf den Ofenmarkt zu geben, seien folgende Zahlen angegeben: Die westdeutsche Produktion lag 1955/56 bei 1,7 Mill. Öfen, wovon 1,6 Mill. Stück abgesetzt wurden. Heute beträgt die Produktion etwa 1 Mill. Öfen. Wer heute noch Öfen verkaufen will, muß praktisch jedes Jahr mit neuen Modellen auf den Markt kommen. Die Formgebung ist zu einem wichtigen Verkaufsargument geworden.

So brandet die Heizölwelle nicht nur gegen die Fördertürme des Ruhrbergbaus. Auch ein so revierfernes Werk wie die Concordiahütte bekommt die Ölflut zu spüren. Doch man ist vorbereitet. Auch in Zukunft werden Zimmeröfen unter dem Namen „Concordia“ verkauft werden.

Markenname „Concordia“ wohl bekannt: Ein großer Teil der Gußerzeugnisse wird in modern ausgestatteten Bearbeitungswerkstätten einbaufertig weiterverarbeitet. Ein geringer Teil des Werksatzes entfällt auf die Produktion von Kohle- und Öl-Zimmeröfen sowie Gas-, Elektro- und Kohleherden. Unser Foto oben zeigt einen Bearbeitungsvorgang. Das mittlere Foto stammt aus der Serienfertigung der Öfen und Herde und zeigt Öl-Ofengehäuse nach dem Verlassen des Schlitzbrennofens im Emaillierwerk. Das Foto unten entstand auf dem Prüfstand der Herdfertigung. Hier, am Ende des Montagebandes, werden die Herde auf Dichtigkeit geprüft

Zwischen Diktatur und Demokratie

„Unbewältigte Vergangenheit – demokratische Zukunft“ lautete das Thema eines Seminars, das die Ruhrfestspiele in Recklinghausen vom 13. bis 18. Juni 1959 veranstaltet haben. Das Seminar behandelte also ein Thema, dessen reflektive Aktualität so bedeutsam ist, daß wir es als Nachlese der diesjährigen Ruhrfestspiele unseren Lesern nicht vorenthalten möchten. Namhafte Wissenschaftler hielten dem Themenkreis entsprechende Referate, deren wesentlichste Gedanken wir hier kurz wiedergeben wollen.

Unbewältigte Vergangenheit – demokratische Zukunft; dazwischen liegt die Gegenwart, das Heute, in dem wir Stellung beziehen müssen gegenüber dem Gestern, das Ausgangsposition ist für das Morgen. Ob wir uns für die Diktatur in der Vergangenheit oder die Demokratie in der Zukunft entscheiden wollen, liegt bei uns. Noch aber umgeben uns die Reste nationalsozialistischer Unfreiheit. Sie gilt es auszumerzen, wollen wir in der weltpolitischen Auseinandersetzung unserer Tage den Einsatz für die Freiheit mit gutem Gewissen wagen. Wer sich dem verschließt, wer gleichfalls gegen die Gefahr des alle Menschenrechte bedrohenden Bolschewismus blind ist, darf nicht für sich in Anspruch nehmen, das Unrecht dann bekämpft zu haben, als es noch Zeit war. Zu vieles unserer politischen Vergangenheit ist heute wirklich unbewältigt und doch rüsten wir uns schon auf kommendes. Schon rückt das unbequeme Gestern aus unserem Blickfeld, sinkt in die Zonen des Unterbewußten; lichtlos schlummert das Erlebnis der Vergangenheit, das so niemals zur Erfahrung reifen kann. Schuld oder Bewährung werden so nicht Gewinn, sondern gleichen unliebsamem Ballast, den man gern im unbewachten Augenblick von sich stoßen möchte. Bewältigung der Vergangenheit? „Das Mißverhältnis zwischen dem materiellen und geistigen Besitz Nachkriegsdeutschlands ist ein Resultat unserer krankhaften Vergeßlichkeit.“ Ein unbequemes, aber wahres Wort.

*

Prof. Friedrich Heer, Wien, unter dessen Leitung das Seminar stand, führte in die Veranstaltung mit einem Referat ein, in dem er darauf hinwies, wie sehr eine unbewältigte politische Vergangenheit in öffentlichen wie privaten Bereichen nicht nur die Gegenwart zu unterwandern vermöge, sondern auch die Zukunft vorzubestimmen suche.

„Es gibt kaum einen Raum in der Politik, der Gesellschaft, der Erziehung, Kunst und Kultur, in der öffentlichen Meinungsbildung, im Film und nicht zuletzt in der Rechtsprechung, der nicht durch sie betroffen ist. Unbewältigte Vergangenheit ist jedoch nicht allein ein deutsches Phänomen, viele Völker der Erde und nicht zuletzt unsere westlichen Nachbarn haben heute mit ihr zu ringen. Dieser Blick auf unsere Nachbarn ermöglicht uns zu sehen; unbewältigte Vergangenheit ist kein deutsches Privileg, ist kein deutscher Fluch, wohl aber eine harte Tatsache, die aufzuarbeiten ist...“

Den wohl interessantesten Beitrag lieferte der Sorbonne-Professor Dr. Paul Lenz-Medoc, Paris, der über das Thema „Der einzelne, die Gesellschaft und die politische Ordnung zwischen Diktatur und Demokratie“ sprach. Er versuchte zunächst, als Voraussetzung für das richtige Bedenken der Vergangenheit, die Begriffe richtigzustellen. „Was ist Diktatur? Die römische Diktatur ist in jedem Fall etwas sehr anderes gewesen als die unseres Jahrhunderts. Der moderne Diktator will unbedingt mit dem Volk sein, angeblich in seinem Auftrag handeln. Die moderne Diktatur ist ein Kind des 20. Jahrhunderts, Ausgeburt der Schwäche der modernen Demokratie und hängt eng zusammen mit der Schwäche der weltanschaulichen Situation. 1933 war in Deutschland nur möglich, weil die Nation über sich selbst verzweifelt war. Hitlers Aufstieg wurde mit ermöglicht durch die Tatsache, daß Deutschland bereits 1919 an seiner unbewältigten Vergangenheit krankte. Breite Schichten des Volkes sehnten sich nach einem „Glauben“, nach einer großen Einheit...“

„Aber zum Wesen der Demokratie, die man sich erhoffte, gehört ein Gesetzesgehorsam, nicht ein Führergehorsam. Moderne Demokratie setzt eine Regierung voraus, die die Minderheit wirklich respektiert, sowohl im Regieren als auch im Verwalten. Die Demokratie von Bonn 1949/59 beruht ideologisch und praktisch auf gefährlichen Zweideutigkeiten. Die heikle politische Situation wird heute noch akzentuiert durch die Vielseitigkeit der Gesellschaft; Menschen leben heute geistig in sehr verschiedenen Zeiten nebeneinander, gegeneinander: der eine etwa in Luthers Zeit, ein anderer im 18. oder 19. Jahrhundert. Die plurale Gesellschaft stellt da gegen die Aufgabe, die Freiheit zu leben, aus der Kraft persönlicher Verantwortung, in einem informierten Gewissen...“

„Die schwierige politische und gesellschaftliche Situation des Deutschen in der Gegenwart, die unbewältigte Vergangenheit, die weder 1919 noch 1939 noch 1959 aufgearbeitet wurde noch wird, hat dazu geführt, daß die Bundesrepublik drei Versuchungen zu erliegen droht: 1. der Versuchung durch die Wirtschaft (das Verlangen nach

möglichst totaler wirtschaftlicher Sicherheit), 2. der moralischen Versuchung: der Flucht vor der Verantwortung (von gestern will man nichts hören), und 3. einer politischen Versuchung: der Versuchung des Geführt-werden-wollens...“

Prof. Hans Freyer, der über das Problem der Macht zwischen Diktatur und Demokratie sprach, stellte heraus, daß jede Gesellschaft ein Machtrelief aufweise, eine bestimmte Struktur der Mächte in ihr. Er sagte u. a.: „Charakteristisch für die Gegenwart sind neuartige Formen der Macht. Menschliches Tun mit Apparaten wird anonymisiert, Bürokraten, Verwaltungen, Instanzen verordnen und verfügen über den Menschen, der als Nummer, nicht Person angesprochen wird. Das Anonyme der Machtverwaltung erscheint vor allem auch im Plan. In der industriellen Wirtschaft wird Macht nicht repräsentiert, sondern hinter den Kulissen geübt: die Leitung, die Regierung, die Partei, die Industrie; im industriellen Gesellschaftssystem sind alle abhängig vom Funktionieren des gesamten Systems, wobei jene die Macht ausüben, welche die Apparate kontrollieren und schalten. Der gegenwärtige Staat ist in Gefahr totalitär zu werden, da immer mehr staatliche Eingriffe seine ungeheure Herrschaftsmacht immer noch weiter ausdehnen...“

Aber nicht nur im politischen Bereich stellt sich das Problem der unbewältigten Vergangenheit, offenbart sich eine düstere Prognose für die Zukunft. Dr. Franz Schonauer, Stuttgart, sprach über das Ausweichen der deutschen Dichtung und der schönen Literatur vor dieser Frage, die uns alle unter die Haut gehen sollte. Er mußte feststellen, daß seit 150 Jahren die deutsche Dichtung in einem Prozeß der Entpolitisierung und Idealisierung stehe, das sich „eingehaust“ habe in einem Raum der Sentimentalität. Von wenigen Ausnahmen abgesehen führe unsere schöne Literatur einen Eiertanz um die Vergangenheit auf, vermittele Tränen statt Erkenntnis, Rührung statt Katharsis. Dieser deutschen Literatur sei eine politische Ohnmacht eigen, daß sie immer wieder vor der Wirklichkeit versage. Nur wenige Autoren bemühten sich ernsthaft um die Bewältigung der uns drückenden Vergangenheit, etwa Günther Eich, Heinrich Böll oder Bert Brecht.

Zu ähnlich negativen Ergebnissen kam auch Günther Skopnik, Chef dramaturg der Frankfurter Bühnen, der über die unbewältigte Vergangenheit und das deutsche Theater sprach. Er meinte, daß trotz mancher erfreulicher positiver Leistungen und Versuche sich andererseits das deutsche Theater als eine museale Anstalt erwiesen habe (Klassikeraufführungen). Es sei aber gelungen, seit 1945 neue Besucherschichten zu gewinnen, die zuvor dem Theater fremd waren. Frankfurter Erfahrungen zeigten, daß gerade die Arbeiterschaft heute im Theater nicht so sehr Amüsement suche, sondern ernstes, echtes und zeitnahes Theater.

In seinem Referat „Die öffentliche Meinung zwischen Diktatur und Demokratie“ ging Prof. Dr. Ossip Flechtheim, Berlin, dem Vergangenheitsproblem auf den Grund und hob hervor, daß der Pflege der öffentlichen Meinung eine bedeutsame Aufgabe zukomme, wolle man nicht die Ansätze demokratischen Lebensgefühls, die sich bei uns regten, bereits im Keim ersticken. Flechtheim wies auf den Widerspruch in der Weimarer Republik zwischen Verfassungsform und Verfassungswirklichkeit hin. Damals gab es wenig Gesinnungsrepublikaner, und ein Großteil der Presse hatte die Republik nie innerlich akzeptiert. Bonn ist nicht Weimar. In Deutschland scheint man heute erkannt zu haben, daß man zumindest den ersten Weltkrieg verloren hat, wehrt sich aber hie und da gegen die Anerkennung der Niederlage im zweiten Weltkrieg. Doch man kann die Vergangenheit nicht rein geistig bewältigen, wenn die politischen und materiellen Voraussetzungen fehlen, wenn an der Kontinuität der politischen Geisteshaltung von gestern festgehalten wird. Befragungen zeigen, wie stark weite Teile der Bevölkerung sich noch an politische Vorstellungen der Vergangenheit klammern. Gefährlicher aber noch ist der hohe Grad politischer Indifferenz, der sich mit einer alteingelebten autoritären Haltung verbindet. Die große innere Schwäche der Demokratie erscheint indes solange nicht gefährlich, solange nicht wirtschaftliche und außenpolitische Krisensituationen sie bedrohen. Dünn ist das Eis, auf dem wir gehen. Wir brauchen eine dynamische Demokratie, die gefeit ist gegen Panikstimmung. Die öffentliche Meinung sollte in viel stärkerem Maße demokratisiert und aktiviert werden; es besteht heute die Gefahr, daß sie in der Bundesrepublik zu verkümmern droht.

Ein Leitsatz aus dem Referat von Prof. Dr. Karl Peters, Münster, sei an den Schluß dieser zusammenfassenden Betrachtung des Recklinghäuser Seminars gestellt: „Die Demokratie ist die schwierigste, für ein reifes Volk aber höchste Staatsform. Ihre Verwirklichung erfordert ein ständiges Ringen und Sichbemühen. Der Erfolg dieses Ringens und Sichbemühens ist entscheidend für den Sieg der Staatsauffassung der westlichen Welt über die kommunistische Staatsauffassung.“

Am 7. September 1949 eröffnete der ehemalige Präsident des Deutschen Reichstages, Paul Löbe, als Alterspräsident die erste Sitzung des 1. Bundestages der Bundesrepublik Deutschland. Damit trat das vom Volk gewählte gesetzgebende Organ, das Parlament, aus dem Stadium verfassungsrechtlicher Planung in die Verfassungswirklichkeit ein. Zehn Jahre sind seither vergangen, in mancher Hinsicht stürmische Jahre. Der 10. Jahrestag der Bundesrepublik sei uns Anlaß zu einer Rückschau. Wir wollen allerdings weniger den Weg zurückverfolgen, den wir alle seit der Trümmerzeit ins Wirtschaftswunderland gegangen sind, als vielmehr die Institutionen des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und des Bundestages skizzieren, und ihren Unterschied zu den entsprechenden Institutionen der Weimarer Republik aufzeigen.

Paul Löbe sagte bei der Eröffnung des Parlaments am 7. September 1949: „Was erhofft sich das deutsche Volk von der Arbeit des Bundestages? Daß wir eine stabile Regierung haben, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung in einem gesicherten Privatleben aufrichten, unser Vaterland einer neuen Blüte und einem neuen Wohlstand entgegenführen.“ Maßvolle Nüchternheit zeichnet diese Worte aus, die als unsichtbares Motto über allen Sitzungen des Bundestages gestanden haben sollten. Manche dieser Forderungen sind in den zehn vergangenen Jahren erfüllt worden: Wir haben bislang keine unser junges Staatswesen schwächenden Regierungskrisen erlebt; der Wohlstand hat sich sichtlich gemehrt; auch bei kritischer Betrachtung kann man die Wirtschaft im allgemeinen als gesund bezeichnen. Lediglich die Frage nach einer neuen sozialen Ordnung kann wohl noch nicht befriedigend beantwortet werden, doch ist auch hier der Prozeß in Gang gekommen. Ein Jahrzehnt ist eine nur geringe Spanne Zeit, aber weil es die ersten zehn Jahre der Bundesrepublik sind, haben sie besonderes Gewicht. Der 7. September 1949 war ein risikoreicher Wiederbelebungsversuch der in der Weimarer Republik so kläglich gescheiterten Demokratie in Deutschland. Bevor überhaupt die Bundesrepublik durch die Verkündung der Verfassung am 24. Mai 1949 aus der Taufe gehoben wurde, lagen schon auf dem Unterfangen Hypothesen, die den parlamentarischen Neubeginn bereits auf einen gewissen Umfang vorgezeichneten Weg verwiesen: Die engherzigen Potsdamer Beschlüsse der Siegermächte des zweiten Weltkrieges über das politische Leben Nachkriegsdeutschlands, die rasche Gründung der Parteien in den vier Besatzungszonen. Diese Parteien beeinflussten die spätere Abfassung des Grundgesetzes, das unserem Staat zugrunde liegt, nicht unwesentlich im voraus. Es wurde also eine Verfassung der Kompromisse gegenüber alliierter Forderungen, der ausdrücklichen Vorläufigkeit bis zur Wiedervereinigung, eine Verfassung der Ängste, nicht die in der Weimarer Verfassung seinerzeit gemachten Fehler zu wiederholen. Und doch wurde es eine Verfassung, die sich bewährt hat und auf die die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates, die „Väter der Verfassung“, mit Recht stolz sein dürfen.

1949: Bürger und Besatzer

Die Geburtsstunde der Bundesrepublik fiel in eine Zeit, in der wir, fast noch ungewohnt der harten D-Mark, alle Anstrengungen machten, mit unserem neuen Pfund zu wuchern. Es war die Zeit, da das Wort von der sozialen Marktwirtschaft beflügelnd auf die Eigeninitiative von Industrie und Handel wirken sollte. Die sowjetische Blockade West-Berlins war gerade erst aufgehoben worden. Der Wiederaufbau der Städte, der Fabriken, hatte noch kaum begonnen. Wer fand in jenen turbulenten Zeiten Muße, oder hatte genug Interesse, den Blick nach Bonn zu richten, wo sich die erste bundesdeutsche Volksvertretung konstituierte? Man war an die Dreizonenwirtschaftsverwaltung gewöhnt, und die Hohen Kommissare der Westmächte, die kraft Besatzungsstatut in ihren Zonen nach Belieben schalten und walten konnten, waren die Oberher-

Zehn Jahre Bundesrepublik

ren, was sie tatsächlich auch später unter dem Titel „Botschafter“ bis 1955 blieben.

Einem selbständigen westdeutschen Staatsgebilde gaben viele keine Chance; mancher hielt die Staatsgründung für einen unwiderruflichen Verzicht auf die sowjetische Besatzungszone, die sich in den Nachkriegsjahren als Folge der sowjetischen Besatzungspolitik wirtschaftlich wie politisch immer weiter von Westdeutschland entfernt hatte. Eine gesonderte Geldabwertung im Jahre 1948 und die Konstituierung einer „Deutschen Demokratischen Republik“ im Oktober 1949 machten die Trennung der zwei Teile Deutschlands vollkommen. Noch immer hört man gelegentlich Stimmen, die behaupten, daß die Gründung der Bundesrepublik die Tür zur deutschen Einheit zugeschlagen habe. Aber: Hätte man die Verhältnisse, wie sie 1949 bestanden, verewigen sollen, ohne daß eine reale Wiedervereinigungschance sichtbar gewesen wäre? Das Grundgesetz der Bundesrepublik bringt in seiner Präambel den vorläufigen Charakter der bis zur Wiedervereinigung befristeten Verfassung deutlich genug zum Ausdruck. Die Tür nach Mitteldeutschland ist noch immer offen . . .

Staatsgründung auf einem Trümmerhaufen

Das war die Situation, die 1949 in Westdeutschland herrschte. Noch war die zusammengebrochene Diktatur frisch in Erinnerung; die Demokratisierungsversuche der Alliierten zeigten zunächst nur geringe Ergebnisse. Die Erfahrungen, die in den Länderparlamenten gemacht wurden, waren zwar vielversprechend, aber es hatte in mancher Hinsicht doch den Anschein, als spiele man ein Gesellschaftsspiel — Demokratie genannt —, dessen Regeln dem Zuschauer, dem Bürger, weitgehend unbekannt blieben. Wer kannte sich schon aus im Parlamentarismus?

Wie schwer mußte es sein, einen Staat zu schaffen, der in der Konzeption demokratisch war, aber nicht anknüpfen sollte an den unseligen Weimarer Versuch. Es mußte zudem ein Staat sein, der nicht wie ehemals zentralistisch, sondern föderalistisch — die einzelnen inzwischen verselbständigten Länder zu einem Bundesstaat zusammenfassend — ausgerichtet sein sollte.

Die Gründer der Weimarer Republik hatten es zweifellos leichter, denn Deutschland war 1919 weder ein Trümmerhaufen noch war es völlig von fremden Truppen besetzt, von einer Teilung des Landes ganz zu schweigen. Weimar vollzog den Übergang von der Monarchie zur Demokratie, während die Verfassungsväter 1948/49 auf dem Scherbenhaufen einer Diktatur eine Demokratie errichten mußten, stets das Bild einer durch innere Aushöhlung zusammengebrochenen früheren Demokratie — Weimar — als Schreckgespenst vor Augen. Aus dieser bitteren Vergangenheit galt es die Lehre zu ziehen, völlig neu zu beginnen.

Mit der Schaffung einer vollendeten parlamentarischen Demokratie, die ein verfassungsrechtlich starker Kanzler regieren sollte, glaubte man eine befriedigende Lösung gefunden zu haben. Die Weimarer Demokratie hatte in besonderem Maße an der schwachen Stellung des Reichskanzlers — des Regierungschefs — gekrankt, während der Reichspräsident — das Staatsoberhaupt — verfassungsrechtlich stark war und Vollmachten erhalten hatte, die ihm erlaubten, der Regierung den von ihm für richtig erachteten Kurs aufzuzwingen. Die Vorgänge, die hierdurch letzten Endes zum Sturz der Weimarer Republik geführt hatten, mußten die Schöpfer der Verfassung der Bundesrepublik davor warnen, dem Bundespräsidenten eine ähn-

lich starke Stellung einzuräumen. Man entschied sich — fast über vorsichtig geworden — dafür, ihn durch die Verfassung nur zu einem repräsentativen Ersten Bürger des Staates zu machen.

Erst vor einigen Wochen verließ der erste Bundespräsident nach zehnjährigem Wirken sein Amt. Aber nicht eine repräsentative Schattenfigur verabschiedete sich, sondern ein vom Ausland respektierter und im Inland hochgeachteter Landesvater, dessen Wort Gewicht hatte wie das nur weniger in unserem Lande. Nicht der Buchstabe des Verfassungstextes entschied also, sondern die Persönlichkeit, die trotz der stiefmütterlichen Ausgestaltung des Präsidentenpostens diesem Amt Würde und Bedeutung zu verleihen vermochte.

Sollte der Bundespräsident nach dem Willen der Verfassung nur repräsentieren und den Bundesgesetzen durch seine Unterschrift Gesetzeskraft verleihen, so wollte man, daß der Bundeskanzler im Gegensatz zu Weimars Reichskanzlern regieren könne, ohne in ständiger Sorge darum sein zu müssen, durch Fraktionsintrigen gestürzt zu werden, kaum daß er im Amt war, wie es Brauch wurde im Weimar-Deutschland.

Das konstruktive Mißtrauensvotum

Die politische Stabilität der Bundesrepublik ist, soweit es in der Macht der Verfassung steht, durch zwei Vorsichtsmaßregeln abgesichert: 1. Den Bundeskanzler, den Regierungschef, kann das Parlament nur durch eine Mehrheit stürzen, wenn sie gleichzeitig einen neuen Kanzler zu präsentieren vermag (konstruktives Mißtrauensvotum). 2. Die Minister können vom Parlament weder gewählt noch abgewählt werden, sondern werden vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers ernannt oder entlassen. Regierungskrisen, Minderheitsregierungen, Sargnägeln jeden demokratischen Staatswesens, blieben uns deshalb bislang erspart. Das konstruktive Mißtrauensvotum ist natürlich keine Garantie dafür, daß eine einmal gewählte Regierung die ganzen vier Jahre einer Legislaturperiode im Amt bleibt. Innerhalb dieses Zeitraums können sich Koalitionen bilden oder zerbrechen, die eine Regierung stützen oder stürzen können. Es soll aber sichergestellt werden, daß eine Mehrheit, die einen Bundeskanzler stürzt (und damit auch die Minister), auch eine Mehrheit bildet, die sich auf einen neuen Kanzler einigt. Wir haben alle gut in Erinnerung, wie oft im Nachkriegs-Frankreich die Ministerpräsidenten einander ablösten, da man sie kurzerhand stürzen konnte, ohne daß die Verfassung dem Parlament vorschrieb, gleichzeitig einen neuen Regierungschef benennen zu müssen.

Das konstruktive Mißtrauensvotum ist in den ersten zehn Jahren der Bundesrepublik nicht einmal angewendet worden. Dies ist vielleicht darauf zurückzuführen, daß die absolute Mehrheit der Regierungspartei bislang für eine stabile Bundesregierung sorgte. Die Verfassung enthält aber keinen Passus, wonach immer eine Partei die Mehrheit besitzt. Die Entscheidung hierüber liegt allein bei den Wählern, dem Bundesvolk.

Da die Minister vom Parlament unabhängig sind, kennen wir auch kein Mißtrauensvotum des Bundestages für einen Minister, noch müssen sie abtreten, wenn ihnen eine Parlamentsmehrheit das Mißtrauen ausspricht.

Der Kanzler wird allerdings die Kabinettsbildung in der Regel mit den Fraktionen der Regierungsmehrheit besprechen. Aber auch die Fraktionen haben nach der Verfassung kein Recht, den Ministern

ihrer Partei — aus welchem Anlaß auch immer — den Rücktritt aufzuzwingen. Das Grundgesetz will keinen Minister von Fraktions Gnaden, sondern den Kanzler-Minister.

Autorität und Demokratie

Die Stellung des Bundeskanzlers ist also von der Bonner Verfassung, eingedenk der Lehren, die man aus den Regierungskrisen der Weimarer Republik gezogen hat, ungewöhnlich gestärkt worden. Doch der Vorwurf, das Kanzleramt erlaube eine undemokratisch autoritäre Regierungsführung, trifft ins Leere. Nach der Verfassung bestimmt der Kanzler die Richtlinien der Bundesrepublik; er allein trägt vor dem Parlament die Verantwortung für die von der Regierung geführte Politik. Wieweit der Kanzler den Verfassungsrahmen ausfüllt, ist letztlich eine Frage seiner Persönlichkeit. Der autoritär Regierende, der Diktator, entscheidet allein und endgültig. Bei uns spricht die Volksvertretung, also der Bundestag, das entscheidende Wort. Manche heftige Debatte im Parlament in den vergangenen zehn Jahren, manche herbe Kritik, die der Kanzler auch von den Regierungsparteien einstecken mußte, beweisen, daß die Bundestagsmitglieder, die Parlamentarier, nicht eine Versammlung willensloser Befehlsempfänger sind, wie es der Reichstag unter Hitler war.

Überdies: ein starker Kanzler macht eine Demokratie nicht schwach; wohl aber kann es verderblich sein, wird ein verfassungsrechtlich schwacher Kanzler von einer Parlamentsmehrheit in Schach gehalten und seiner politischen Willensfreiheit beraubt.

Autorität muß sein, auch in der Demokratie. Das erkannten die Väter des Grundgesetzes — die sich aus allen politischen Lagern zusammenfanden — als richtig, und das wird auch heute noch von allen als richtig empfunden, mag man über die Person des Kanzlers auch geteilter Meinung sein.

Bundestag:

Ausschüsse, Experten und schlichte MdB

Die große Sommerpause des 3. Bundestages ist eben erst beendet. Aus allen Teilen des Bundesgebietes kehren die erholten Parlamentarier zurück in die provisorische Bundeshauptstadt Bonn, die bis heute nicht zu einem geistigen Mittelpunkt unseres Landes zu werden vermochte, wie einst die Reichshauptstadt Berlin. Das kleine Bonn begnügt sich damit, kraft Gesetzes politischer Mittelpunkt der Republik zu sein.

Die 519 Abgeordneten der vier im gegenwärtigen Bundestag vertretenen Parteien nehmen ihre Arbeit wieder auf. Ganz oben auf der Tagesordnung der zweiten Halbzeit dieses Bundestages stehen die noch immer nicht zu Ende diskutierten Vorschläge zur Sozialreform, die man sich vorgenommen hat.

Die im Bundeshaus zu bewältigende Arbeit ist groß. Eine Sturzflut von Gesetzen ergoß sich im letzten Dezennium auf den Bundesbürger; gute, befriedigende, aber auch schlechte Gesetze wurden verabschiedet.

Ein wesentlicher Teil der diesen Gesetzen vorausgegangenen Vorarbeiten wurde in den verschiedenen Bundestagsausschüssen erledigt. Sie sind die eigentlichen Gesetzgeber, denn in ihren kleinen, interfraktionellen Gremien ist es eher möglich, zu konkreten Gesetzentwürfen zu gelangen als vor dem Plenum. (Fortsetzung Seite 14)



Mach dir nur einen Plan

Planlose Plauderei
eingeplant von
Thaddäus Troll

Die meisten Pläne leiden unter dem Umstand, daß sie niemals ausgeführt werden. Da sind zum Beispiel jene, die wie Karpfenschuppen und Pfropfenknall den Silvesterabend verzieren. Doch was man in der Silvesternacht plante, pflegt meist schon der Neujahrskater wieder umzustößen. Der Weg zum Schilendrian ist mit ordentlichen Plänen gepflastert. „Man soll seinen Plänen nicht zu viel zutrauen, weil das Geschick seine eigene Vernunft hat“, warnt schon Petronius, der seine Lebensweisheiten am Hofe Neros sammeln konnte. Diesen Fehler begehen vor allem die geborenen Planemacher, die stets den Kopf voller kühner Projekte haben. Begegnet man ihnen, so sind sie just im Begriff, eine Filiale in Belgisch-Kongo zu eröffnen, eine neue Religion zu stiften, einen



eingetragenen Verein gegen den Mißbrauch zu gründen, und außerdem haben sie nicht nur ein Drehbuch, sondern auch die Richtlinien für die Gestaltung von Mißwahlen im Geiste schon fix und fertig. Zunächst aber wollen sie in den Gewässern des Indischen Ozeans nach Mantas tauchen, für den Landtag kandidieren und mit einer neuartigen Komposition auf Zitrus-Basis

den kosmetischen Weltmarkt erzittern machen. Solche Pläne sind ebenso buntschillernd und kurzlebig wie Seifenblasen. Sie gaukeln durch den grauen Alltag des Erfolglesen, der ihrer als Krücken für sein angeschlagenes Selbstbewußtsein bedarf. „Pläne, die viel Zeit zur Durchführung brauchen, führen fast nie zum Ziel“, sagt Montesquieu. Das kommt aber ganz auf das Ziel an. Bisweilen beschränkt es sich auf den Selbstbetrug.

Nicht viel anders steht es mit einer gewissen Art von Reiseplänen, die man sozusagen auch l'art pour l'art — um der Kunst willen, vor allem aber des Genusses wegen entwerfen kann. Das Hauptziel derartiger Reisepläne besteht weniger darin, ans Ziel zu kommen, als sich zunächst einmal unter Vermeidung der Reisekosten am Vorgeschmack etwa bevorstehender Freuden zu delectieren. Den möchte ich sehen, dem der Duft der Gardenien nicht schon aus dem Prospekt über Syrakus entgegenströmt und der die Sonne nicht schon auf dem Zeigefinger spürt, mit dem er auf dem Atlas die Costa brava herabspaziert! Wie sollte man ohne

Reisepläne über den Winter kommen? Im Sommer sieht man dann weiter.

Es gibt auch eine Kategorie von Plänen und Planungen, die wohl nicht minder verstiegen sind, dafür aber einen weniger angenehmen Beigeschmack haben. „Mach dir nur einen Plan, sei nur ein großes Licht, und mach' dir noch 'nen zweiten Plan — geh'n tun sie beide nicht“, resigniert Bert Brecht. Diese Weisheit läßt sich ohne weiteres auch auf Begriffe wie Planwirtschaft, Plansoll oder Vierjahresplan anwenden. Bei einem Vierjahresplan zum Beispiel kommt es aber auch gar nicht so scharf darauf an, daß er geht, als daß er propagandistisch wirksame Dimensionen aufweist, die sich ebenso wie das Glück derer, die ihn ausführen dürfen, in ständigem Wachstum befinden. Deshalb wird er meist gründlicher ausposaunt als ausgeführt. Eine östliche Weisheit sagt aber: „Seine Pläne verschleiert vor der Welt ein kluger Mann — und Schweigen führt sie aus.“ Der sie aussprach war vielleicht ein Feldherr. Um gleich noch einen klugen Mann zu zitieren: „Pläne sind die Träume der Verständigen“, behauptet Feuchtersleben. Welche Art von Plänen meint er aber? Die Pläne der Phantasten mögen wohl traumhaft sein, doch sind sie verständig? Die Pläne aus dem Wörterbuch der Diktatur scheinen weder das eine noch das andere Adjektiv zu verdienen, wie überhaupt alle Pläne, die in Planstellen eingeplant werden und in den Planquadraten der Bürokratie entstehen, bestenfalls den Träumen einer Hollerithmaschine vergleichbar sind. So bleibt nur übrig, die großen Pläne über Bord zu werfen und es einmal mit den ganz kleinen zu versuchen: hätten wir zum Beispiel einen Stundenplan wie die Schulkinder, teilten wir unsere freie Zeit besser ein, so hätten wir mehr davon. Galoppierten wir mit unseren Hobbys nicht einfach drauflos, peilten wir nicht nur über den Daumen die Hürden an, die den Sonntagsgärtner ebenso von seinen Zielen trennen wie den Radiobastler oder den Amateurfotografen, so blieben wir nicht so oft hängen. Wie soll man auf dem Rücken eines Steckpferdes glücklich sein, wenn man nicht reiten kann? Sehr einfach: man sollte sich einmal für die Reitvorschriften interessieren, statt sich immer nur planlos im Gelände herumzutummeln. Dann ist man nicht länger ein Dilettant, sondern kann als Liebhaber auf den Plan treten.



Zehn Jahre Bundesrepublik

(Fortsetzung von Seite 13)

Die großen Stunden des Parlaments kommen stets dann, wenn über die von den Referenten der Ministerien ausgearbeiteten Gesetzentwürfe in „Erster Lesung“ im Parlament diskutiert wird, (oder wenn es gilt, „Große Anfragen“ zu behandeln). Da man sich meist nicht einigen kann, gehen die Gesetzentwürfe zunächst in die Ausschüsse, die das neue Gesetz bis ins letzte beraten und für die „Zweite Lesung“ im Bundestag vorbereiten. Da in den Ausschüssen Angehörige sämtlicher Parlamentsparteien vertreten sind, hat auch die Opposition Gelegenheit, gesetzgeberisch zu wirken. Erst nach der „Dritten Lesung“ wird ein Gesetz vom Bundestag verabschiedet. Sofern seine Auswirkung auch in die Zuständigkeit der Bundesländer eingreift, bedarf es noch der Zustimmung des Bundesrates. Bekanntlich nehmen die Länder durch diese Institution (in die sie ihre Vertreter entsenden) an der Bundesgesetzgebung teil. Der im jährlichen Turnus wechselnde Präsident des Bundesrates, stets der Ministerpräsident eines Bundeslandes, ist übrigens der Vertreter des Bundespräsidenten.

Große Parlamentsdebatten standen noch immer im Zeichen der Fraktionsexperten. Welches Thema auch auf der Tagesordnung steht, jede Fraktion verfügt über einige prominente Kenner des entsprechenden Sachgebietes. Die Rededuelle, die sich die Experten liefern, sind heiß, nicht selten dialektisch und polemisch gewürzt. Das schlichte MdB wird oftmals überfordert, wenn es den Argumenten folgen soll, die wissenschaftlich fundiert und fachgerecht dargeboten das Parlament zu überzeugen trachten. Das

ehrfürchtige Schweigen der Nichtfachleute, ihr zuweilen durch mangelnde Fachkenntnis verursachtes „Abschalten“ hat aber leider schon verschiedentlich zur Verabschiedung von Gesetzen geführt, die im Speziellen steckenblieben, am Wesentlichen aber vorbeigingen; Gesetzesnovellen sind darauf keine schlüssige Antwort.

Nicht jeder Bundestagsabgeordnete kann ein Experte sein, aber gesunder Menschenverstand und Zivilcourage sollten ihn doch auszeichnen. Der Bundestag hat durch die Wahl das Mandat des ganzen Volkes, für vernünftige Gesetze zu sorgen, die dem Gemeinwohl und nicht nur einzelnen Interessengruppen nützen.

Es wird bedauerlicherweise immer wieder übersehen, daß die parlamentarische Demokratie, wie sie in Bonn geübt wird, Mut zur Unpopularität vom MdB verlangt nicht nur gegenüber der Regierung, sondern auch gegenüber dem Wähler oder seinen Interessenvertretern, den sogenannten Lobbyisten. Die Bundestagsabgeordneten sollen Schiedsrichter sein im Widerstreit der Gruppeninteressen. Das setzt voraus, daß sie nicht selbst in Abhängigkeit von Interessenten stehen, was freilich vielfach anzutreffen ist. Die parlamentarische Demokratie setzt einen Parteienstaat voraus; ihr Parlament muß föhlig ein Parteienparlament und nicht ein „Interessenten-Dachverband“ sein.

Noch ist in Bonn nicht alles so geregelt, daß man schon von demokratischer Tradition reden könnte. Und doch: im vergangenen Jahrzehnt ist tatsächlich ein demokratisches Staatswesen geschaffen worden mit allen dazugehörigen Institutionen. Aber damit ist es noch nicht genug. Jetzt gilt es, auch eine demokratische Gemeinschaft zur Entfaltung zu bringen, soll die Demokratie bei uns — wie etwa in den angelsächsischen Ländern — wirklich in unserem politischen Denken fest verankert werden.



ANNENER GUSSTAHLWERK

Seit vier Generationen im Werk

Am 22. Juni 1965 begeht das Annener Gusstahlwerk den 100. Jahrestag seiner Gründung. Bis dahin dauert es zwar noch ein paar Jahre, aber seit geraumer Zeit hat die Presseabteilung mit dem Sammeln alter Fotos, Dokumente und sonstiger Zeugnisse aus der Vergangenheit des Werkes begonnen.

Nimmt man alte Fotos zur Hand, die die Werksanlagen vor zwanzig oder fünfzig Jahren zeigen, oder betrachtet man Gruppenbilder aus der Zeit unserer Großväter, als sie hier arbeiteten, dann wird einem erst richtig der Abstand deutlich, der Vergangenheit und Gegenwart voneinander trennt. Die Fotografie und alten Schriftstücke sind zwar nur Dokumente, die zunächst lediglich Äußerlichkeiten überliefern und natürlich Erinnerungswert besitzen, für den der damals noch dabei war. Für uns Nachgeborene sind sie – als Vergleichsmaterial – aber auch von großem historischem Wert.

Doch wieviel lebendiger kann der Mensch, ist er nur alt genug, die Spanne zwischen heute und damals überbrücken. Ist er nicht überhaupt das einzig legitime Bindeglied zwischen dem Gewesenen und dem Gegenwärtigen? Der reibungslose Übergang von einer Generation zur nächsten in den Betrieben und Büros schafft eine bedeutsame Voraussetzung für das gesunde Wachstum eines jeden Werkes. Nicht selten löst der Sohn den eigenen Vater am Arbeitsplatz ab und auch der Enkel mag sich für diesen Arbeitsplatz entscheiden.

Tradition, ererbte Werkstreue und eine innere Bindung an die Heimat: Sie führen zu Stammebelegschaften, ohne die auch heute noch die Industrie kaum auskommen kann. Die Familie Bernsmann ist eine jener Annener Familien, die seit Gründung des Annener Gusstahlwerks bisher in jeder Generation einen der ihren dorthin zur Arbeit schickten: Als das Werk 1865 unter dem Namen Gußstahlwerk Reunert und König gegründet wurde, fand Diedrich Bernsmann im damaligen Preßbau als Schmied einen Arbeitsplatz, dem er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1899 treu blieb. Sein Sohn Hugo begann hier 1894 als Schlosser, wurde Vorzeichner, 1912 Meister und schließlich Obermeister in der Bearbeitungswerkstatt. 1930 pensioniert, starb er – sicher noch manchem in Erinnerung – 1951 im Alter von 79 Jahren. Der Enkel, auch ein Hugo, begann als Dreherlehrling anno 1913; 45 Jahre war er Dreher auf dem Werk, bis der jetzt 60jährige 1958 aus Gesundheitsgründen ins Magazin versetzt wurde.

Der Urenkel Wilhelm ergriff 1936 ebenfalls den Beruf des Drehers und wurde einige Jahre nach dem Krieg technischer Angestellter; 1955 wurde er in den Betriebsrat gewählt, dem er seit 1958 als stellvertretender Vorsitz angehört.

In den knapp 100 Jahren seines Bestehens haben vier Generationen der Familie Bernsmann im Annener Gusstahlwerk Arbeit und Brot gefunden. Sie aber gaben dem Werk ihr Arbeitsleben und eine Leistung, die in das Werk eingegangen ist und ein Stück seiner Geschichte wurde.



Vier Bernsmann-Generationen: Fast neunzig Jahre alt ist das verblichene Foto links oben, das den Soldaten von 1870/71, Diedrich Bernsmann, zeigt. Seinen Sohn Hugo zeigt unser Foto ganz oben mit dem Vordersteven der Kaiser-Jacht „Hohenzollern II“. Der Enkel Hugo war 45 Jahre Dreher auf dem Annener Werk (Bild oben); Urenkel Wilhelm, einst ebenfalls Dreher, ist heute zweiter Vorsitzender des Betriebsrats des Annener Gusstahlwerks





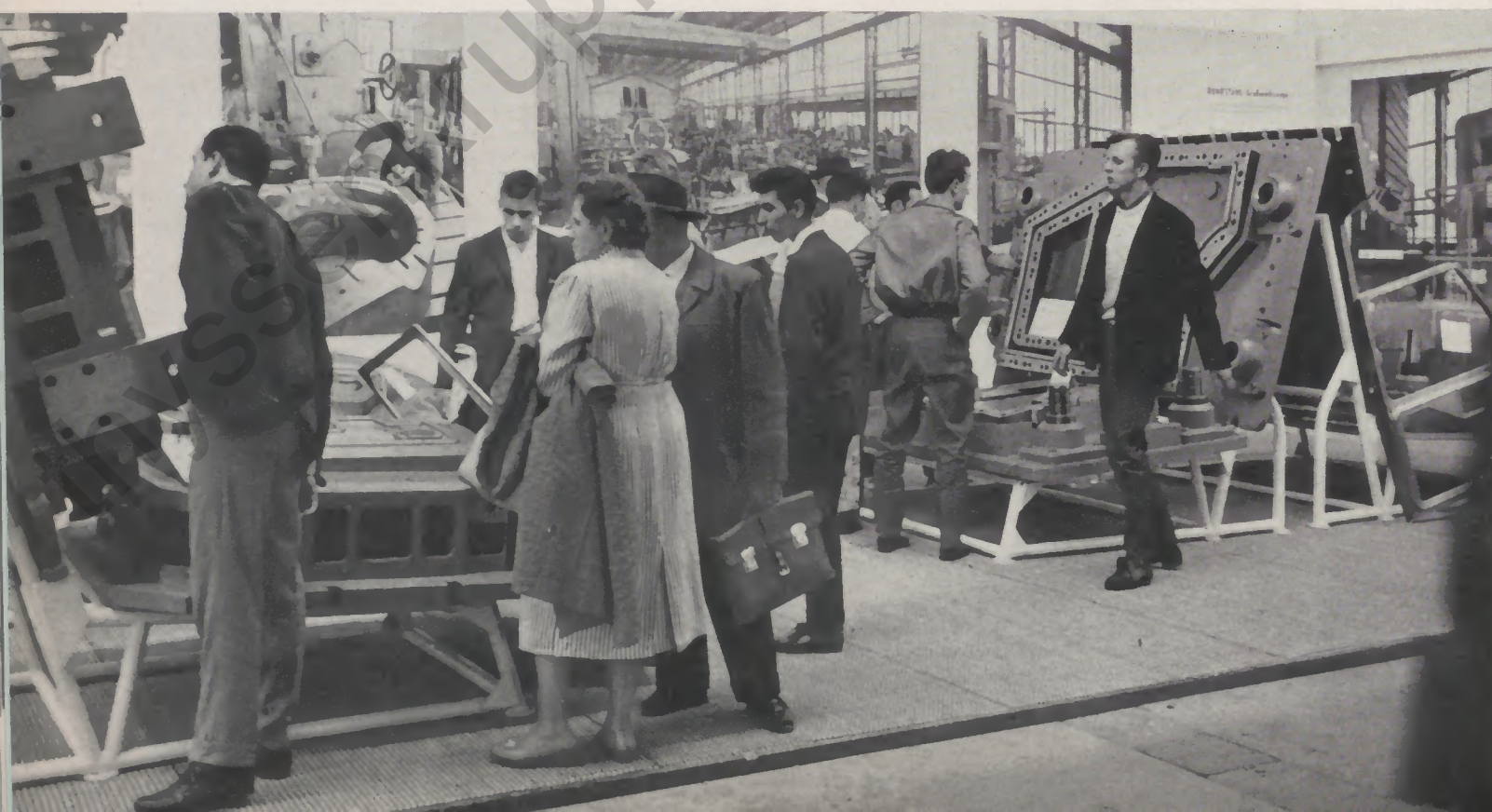
Am 27. September schloß die 39. Internationale Automobilausstellung ihre Pforten, durch die seit dem 12. September über 850 000 Menschen buchstäblich geströmt waren. Ob Sachkenner oder „Sehleute“, jeder war beeindruckt von dieser bisher größten Autoschau auf deutschem Boden.

Die diesjährige Automobilausstellung stand unter einem besonders günstigen Stern: Bei guter Konjunktur der westdeutschen Wirtschaft war naturgemäß das Kaufinteresse außerordentlich groß, so daß fast sämtliche Kraftfahrzeughersteller befriedigt feststellen konnten: Wir haben höhere Aufträge buchen können als erwartet.

Neue, oder doch wesentlich verbesserte Pkw-Modelle waren neben Preisherabsetzungen ein wesentlicher Kaufanreiz. Allerdings, der Wettbewerb wird zunehmend härter. Der Volkswagen, bislang so etwas wie das Standard-Fahrzeug der Bundesdeutschen, wird von nun an – wenn nicht alles täuscht – langsam, aber systematisch von den Herstellern westdeutscher, aber auch einiger ausländischer Mittelklassewagen in die Konkurrenzzange genommen.

Die Presswerke Brackwede werden mit Interesse festgestellt haben, daß das Verkaufsergebnis der Nutzfahrzeug-Industrie auf der diesjährigen Automobilausstellung ungewöhnlich gut gewesen ist. Unser Werk Brackwede verfolgt die Konjunkturtendenz im Nutzfahrzeugsektor mit besonderer Aufmerksamkeit, da ja ein erheblicher Teil seiner Beschäftigung direkt von den Verkaufsmöglichkeiten dieses Industriezweiges beeinflußt wird.

Die jahrelange Käufer-Zurückhaltung im Verkehrsgewerbe – als Folge der noch immer ungewissen künftigen Maße und Gewichte für Lastzüge –, besonders bei Schwerfahrzeugen, wurde offenbar aufgegeben. Der Kaufabschluß wurde vielen Bestellern nicht zuletzt dadurch erleichtert, daß die Lkw-Industrie jetzt in der Lage ist, Schwerfahrzeuge herzustellen, die ohne große konstruktive Veränderungen und mit nur geringen Mehrkosten auf ein höheres Gesamtgewicht (und damit größere Nutzlast) umgestellt werden können (vgl. auch Ruhrstahl-WZ Nr. 9/59). Endgültige Klarheit über die künftig in Westdeutschland zulässigen Lkw-Maße und -Gewichte bringt der 30. Juni 1960, an dem die vieldiskutierte Verordnung des Bundesministers für Verkehr vom



RUHRSTAHL auf der Automobilausstellung

Die Presswerke Brackwede beteiligten sich auch diesmal wieder an der Internationalen Automobilausstellung, die, früher in Berlin, seit Kriegsende alle zwei Jahre in Frankfurt am Main veranstaltet wird. In Halle III des Messegeländes, die den Nutzfahrzeugherstellern und Kfz-Zulieferanten vorbehalten war, bot das Ruhrstahl-Werk einen interessanten Querschnitt durch sein für den Kraftfahrzeugbau reichhaltiges Fertigungsprogramm. Neben Lang- und Querträgern der verschiedensten Abmessungen und Qualitäten (für Lkw, Anhänger, Omnibusse und Pkw), neben Achsbrücken aus Preß- und Schmiedeteilen (geschweißt und mechanisch bearbeitet), stellte das Werk vier große Werkzeuge zum Pressen von Feinblech-Karosserieteilen aus, die den Hauptanziehungspunkt des Ruhrstahl-Messestandes bildeten. Eine Auswahl von Zieh- und Preßteilen für den Kraftfahrzeugbau rundete das Ausstellungsprogramm der Presswerke Brackwede ab. Die Heinrichshütte zeigte Zylinderlaufbuchsen aus hochverschleißfestem Schleuderguß.



21. März 1956 in Kraft tritt. Demzufolge soll auch ein großer Teil der auf der Messe bestellten Lkw-Einheiten erst nach diesem Datum ausgeliefert werden, gegebenenfalls unter Berücksichtigung einer Umstellung der gekauften Fahrzeuge auf größere Nutzlast.

Wie sehr sich das Auto in den vergangenen Jahren vom Luxusgegenstand fast zum Gebrauchsgegenstand des täglichen Bedarfs in Westdeutschland entwickelt hat, geht daraus hervor, daß heute etwa 40% der verkauften Automobile von Arbeitnehmern erworben werden gegenüber nur 7% im Jahre 1953. Ein Blick auf die Parkplätze vor Verwaltungen und Industriebetrieben ist Beweis genug.

Die große Autoschau: Während die Masse der Ausstellungsbesucher die neuen Modelle der westdeutschen und ausländischen Pkw-Produktion belagerte, wurden die Messestände der Zulieferindustrien und Nutzfahrzeughersteller vorwiegend von Fachleuten besucht. Die auf dem Ruhrstahl-Stand ausgestellten Werkzeuge für Fahrzeug-Karosserieteile waren gewiß kein ausgesprochener Ausstellungsmagnet, aber die komplizierten Werkzeuge fanden, wie der rege Besuch des Standes bewies, auch ein interessiertes Laienpublikum (Bild links). Der Rheinstahl-Hanomag-Schnellaster „Kurier“ hat zwar bereits seit geraumer Zeit zufriedene Kunden, aber für Nutzfahrzeuge ist die Automobilausstellung weniger eine Neuheiten- als vielmehr eine Typenausstellung (Bild oben). Während viele Automobilhersteller modisch variierte Modelle zeigten, ließ sich das Volkswagenwerk ein wirklich originelles Arrangement seines nur geringfügig geänderten Fahrzeuges einfallen (Bild rechts)





Rheinstahl-Vorstand bei Ruhrstahl

Am 17. September stattete der fast vollzählig erschienene Vorstand unserer Muttergesellschaft, der Rheinischen Stahlwerke, dem Annener Gusstahlwerk einen kurzen Besuch ab. Anschließend begaben sich die Herren, begleitet vom Ruhrstahl-Vorstand, nach Hattingen, wo sie sich an Ort und Stelle über den Stand der Ruhrverlegung unterrichteten. Direktor Laermann und Ob.-Ing. Remberg von der Heinrichshütte erläuterten den Besuchern aus Essen das interessante Bauprojekt, das inzwischen weit-

gehend abgeschlossen werden konnte. Nach Stilllegung der Grundwasserpumpen Anfang Oktober ließ man das Grundwasser im neuen Ruhrbett steigen, bis nach Ablauf von etwa zehn Tagen der Wasserstand in der neuen Ruhr dem in der alten Ruhr etwa entsprach. Am 8. Oktober erfolgte der Durchstich des unteren und am 15. Oktober begann der des oberen Sperrriegels zwischen dem alten und neuen Flußlauf; bis zur Abtrennung durch Dämme wird die Ruhr nun in beiden Armen Wasser führen.

Eine seltene Aufnahme: Nicht oft findet man den fünfköpfigen Ruhrstahl-Vorstand auf einem Bild vereint. Auf unserem Foto links oben ist es geglückt: v. l. n. r. Dr. Ebers, Schulte, Vorstandsvorsitzer (und Rheinstahl-Vorstand) Schmitz und ganz rechts Prof. Spolders. Dr. Hecker schaut im Hintergrund über die rechte Schulter von Prof. Spolders. Zwischen Dr. Ebers und Dir. Schulte erkennt man Dir. Schoeneberg vom Rheinstahl-Vorstand (und Ruhrstahl-AR). Der Rheinstahl-Vorstandsvorsitzer, Gen.-Dir. Söhngen (mit Brille), steht neben Dir. Schmitz. Weitere Rheinstahl-Vorstandsmitglieder auf diesem Foto sind Dr.-Ing. Stephan (mit Hut in der Hand) und Dr. Linz (ganz rechts), ebenfalls Ruhrstahl-AR.

Ein interessiertes Publikum: Der Rheinstahl-Vorstand unterrichtete sich über den Stand der Ruhrverlegung (Bild links). Man erkennt den technischen Werksleiter der Heinrichshütte, Dir. Laermann (1. v. l.), im Gespräch mit Dr.-Ing. Stephan; dahinter das Rheinstahl-Vorstandsmitglied Stöter-Tillmann (5. v. l.). Das Ereignis des Rheinstahlbesuchs wird vom Kameramann festgehalten, der gegenwärtig einen Film über die Ruhrverlegung dreht (ganz oben). Ruhrstahl-Vorstandsmitglied Dr. Hecker läßt sich von Oberrg. Remberg Einzelheiten der Ruhrverlegung erläutern (2. Bild von oben). Vorstandsvorsitzer im Gespräch: Gen.-Dir. Söhngen und Hütten-dir. Schmitz (Bild unten rechts).



Gefahren beim Gasschweißen und Brennschneiden



Nach Vorschrift gekleidet: Mit Schutzhelm, Augen- und Gesichtsschutz sowie mit einem Tempex-Anzug und -Handschuhen ausgerüstet, kann dem Flämmer wohl kaum noch etwas passieren

Übersicht der vorhandenen Körperschuttmittel für Schweißer und Brenner unter Berücksichtigung der vielseitigen Arbeitsbedingungen.

- Kopfschutzkappen mit aufklappbarem Alu-Schild und Strahlenschutzgläsern.
- Schutzbrillen mit Strahlenschutzgläsern der Schutzstufen 00—14 nach DIN 4647.
- Atemmasken mit Filter oder Frischluftzuführung.
- Schweißer- und Brenneranzüge, flammenhemmend imprägniert, sowie hitzereflektierende Bekleidung.
- Schürzen aus Leder und hitzereflektierendem Material.
- Unterarmschoner aus Leder, Asbest und hitzereflektierendem Material.
- Handschuhe aus Leder und hitzereflektierendem Material.
- Unterbeinschoner (Gamaschen) aus Leder.
- Sicherheitsschuhe mit Stahlkappen.
- Branddecken und Handfeuerlöcher nach Anordnung.

Die Berufsgenossenschaften berichten immer wieder von Unfällen, die durch unsachgemäße Handhabung von Autogengeräten und Anlagen hervorgerufen wurden. Durch plötzlich austretende Stichflammen und bei Flaschen-Explosionen kam es schon oft zu schweren und tödlichen Unfällen, die jedem, der mit der Autogentechnik zu tun hat, eine Mahnung sein sollten, seine zum Schweißen und Schneiden erforderlichen Anlagen und Geräte einer periodischen Kontrolle zu unterziehen und in einem jederzeit betriebssicheren Zustand zu erhalten. Eine gute Pflege der Geräte sowie das notwendige Sicherheitsbewußtsein der mit diesen Arbeiten betrauten Mitarbeiter werden sich immer erfolgreich auswirken können.

Ein großer Teil der Verletzungen, die beim Schweißen und Schneiden eintreten, wurden durch die Brennerflamme selbst oder durch heiße Metall- und Schlackenspritzer verursacht. Schon ein unzureichend befestigter oder beschädigter Anschlußschlauch kann, wie es leider immer wieder vorkommt, zu schwersten Schäden führen, wenn er sich z. B. unter Druck löst und das ausströmende Gas stichflammenartig zur Entzündung gelangt. Undichtigkeiten an Druckminder-Ventilen, Brennern sowie an deren Anschlüssen wirken sich in ähnlicher Weise aus, wobei Gasflaschen und Zapfstellen in Mitleidenschaft gezogen und dadurch folgenschwere Explosionen verursacht werden können.

Abgesehen von den technischen Möglichkeiten ist die Ausrüstung der Mitarbeiter mit zweckmäßigen Körperschuttmitteln eine notwendige Maßnahme, die zur Sicherheit beim Schweißen und Schneiden beiträgt.

Die großen Auswahlmöglichkeiten beim Einsatz von Körperschuttmitteln bieten für jede Tätigkeit innerhalb der Autogentechnik einen wirksamen Schutz. Die sorgfältige Pflege sämtlicher Artikel muß selbstverständlich sein, da von ihrem Zustand die Gesundheit und Sicherheit des Schweißers oder Brenners abhängen kann.

Eine weitere Ursache, die beim Schweißen und Schneiden zu entsetzlichen Verletzungen und meist kostspieligen Sachschäden führen kann, ist das Entstehen von Flammenrückschlägen und deren Auswirkungen. Als vorbeugende Maßnahme hat sich der z. Z. weit verbreitete Einsatz von Rückschlagsicherungen und Automaten bewährt. Diese Sicherheitseinrichtungen bieten Schutz vor Gasrücktritt, Flammenrückschlägen, Schlauchschäden, Knallgas-Explosionen und Verbrennungen. Die Automaten und Sicherungen zeichnen sich durch leicht ansprechende Rücktrittsventile, Flammenfilter aus Sintermetall und praktische Anschlußmöglichkeiten aus.

Auf den notwendigen Brand- und Explosionsschutz beim Schweißen und Schneiden soll an dieser Stelle besonders hingewiesen werden. Mit Brand- und Explosionsgefahren ist, bedingt durch den Gebrauch der offenen Brennerflamme und durch die starke, meist anhaltende Erwärmung des Materials, stets zu rechnen. Als Brandursachen rangieren an erster Stelle erfahrungsgemäß herabfallende oder abspritzende glühende Metallteile, die besonders beim Brennschneiden und beim Öffnen des Schneid-Sauerstoff-Ventils am Brenner auftreten. Durch vorausschauende Sicherheitsmaßnahmen muß hier Abhilfe geschaffen werden; eine Orientierung über die örtlichen Verhältnisse des Arbeitsplatzes, unter Berücksichtigung der dort lagernden feuer- und explosionsgefährdeten Gegenstände vor Beginn der Schweiß- und Brenntätigkeit, ist unter allen Umständen notwendig. Fahrlässiges Verhalten in diesen Dingen führt — die Praxis beweist es leider immer wieder — zu Brand- und Explosionsschäden, deren Auswirkungen menschliches Leid und hohe betriebswirtschaftliche Schäden verursachen.

Die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften weisen unter VGB 15 „Schweißen, Schneiden und verwandte Arbeitsverfahren“ eingehend auf die bei diesen Arbeiten auftretenden Gefahren und deren Verhütung hin. Nur die gewissenhafte Handhabung dieser Vorschriften verbürgt eine sichere und auch wirtschaftliche Arbeit mit Schweiß- und Schneidgeräten.

Eine wirklich nachhaltige Verhütung von Unfällen und Schäden im Sektor der Autogentechnik kann nur gemeinschaftlich durch vorbeugende Maßnahmen erreicht werden. Erst, wenn alle Mitarbeiter in diesem Sinn an einem Strang ziehen, wird ein größtmögliches Maß an Sicherheit erreicht sein.

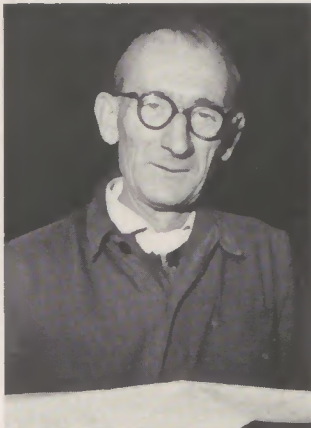
Geis, Henrichshütte

JUBILÄEN

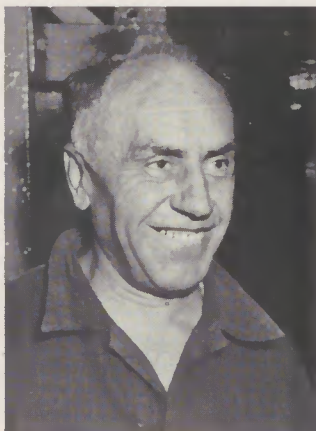
40 Jahre im Dienst HENRICHSHÜTTE



Ernst Wolter
Schichtmeister
(Walzwerk)
am 13. Mai 1959



Julius Klein
Schlosser
(Apparatebau)
am 30. Mai 1959



Wilhelm Schmitt
Kranführer
(Walzwerk I)
am 20. Juni 1959



Otto Gerlitz
Vorarbeiter
(Stahlputzerei)
am 22. Juli 1959

25 Jahre im Dienst HENRICHSHÜTTE

- Leonhard Durek**, Dreher (Mech. Werkstatt I), am 10. September 1959
Franz Kalinowski, Preßgehilfe (Kümpelbau), am 11. September 1959
Erich Potthoff, Verlader (Walzwerk II), am 13. September 1959
Heinrich Tripp, Modellschreiner (Modellschreinerei), am 17. September 1959
Lorenz Kraus, Meister (Hüttenbahn), am 24. September 1959
Albert König, Blockputzer (Stahlwerk), am 27. September 1959

ANNENER GUSSTAHLWERK

- Valentin Schmier**, Heizer (Instands. und Rep.-Werkstatt), am 6. Juli 1959

PRESSWERKE BRACKWEDE

- Heinrich Hiller**, Werkmeister (Nebenbetriebe), am 25. September 1959

VERWALTUNG WITTEN

- Hermann Tiemann**, Handl.-Bev. (Pers.-Abteilung), am 3. Oktober 1959

40 Jahre im Dienst ANNENER GUSSTAHLWERK



Hermann Gertlowski
Vorarbeiter
(Instands. u. Rep.-Werkstatt)
am 15. Juli 1959

WERKSARZT

Der Wundstarrkrampf

Jede Verletzung der äußeren Haut kann dem Wundstarrkrampfbazilluserreger als Eintrittspforte in den Körper dienen. Dieser gefährliche Krankheitskeim, überall anzutreffen, liebt vorwiegend den Straßenstaub, aber auch Gartenerde und Komposthaufen. Bei jedem Unfall mit Hautverletzung, also auch während der Arbeit, besteht für jeden von uns die latente Gefahr der Wundstarrkrampfinfektion. Gerade kleine, unübersichtliche Hautverletzungen sind besonders gefährlich. Der Erreger breitet sich nach Eintritt in den Körper auf den Nervenbahnen aus, es kommt zu Krampfanfällen im Bereich bestimmter Muskelgruppen, schließlich zu Zwerchfell-Lähmung, und in den meisten Fällen tritt der Tod ein. Wer also an Wundstarrkrampf erkrankt, ist sehr gefährdet, und trotz aller Gegenmaßnahmen besteht immer Lebensgefahr. Der Arzt hat die Aufgabe, jede wundstarrkrampfverdächtige Wunde entsprechend zu behandeln, d. h. nach chirurgischer Wundversorgung ein Wundstarrkrampfgegift (passive Schutzimpfung) dem Verletzten einzuspritzen.

Man gewinnt den Impfstoff dadurch, daß man Tieren abgeschwächtes Wundstarrkrampfgift einspritzt; in ihrem Blutserum bilden sie dann Gegenstoffe. Aber auch dieses Gegengift vermag nicht in jedem Fall den Ausbruch des Wundstarrkrampfes zu verhüten. In den letzten Jahren ist man nun dazu übergegangen, Belegschaften ganzer Werke durch eine zweimalige Impfung zu immunisieren. Bei dieser aktiven Schutzimpfung wird, ähnlich wie bei der gesetzlichen Pockenimpfung, durch Einspritzung abgeschwächten, ungefährlichen Wundstarrkrampfgiftstoffes der Körper zur Bildung eigener Abwehrstoffe angeregt. Der so geimpfte Mensch erkrankt nicht mehr an Wundstarrkrampf. Im letzten Weltkrieg starben allein im Jahre 1944 in Nordfrankreich über 100 deutsche Soldaten an Wundstarrkrampf, während bei den aktiv geimpften alliierten Truppen kein Fall von Wundstarrkrampf auftrat. Das Fehlen der aktiven Tetanusschutzimpfung bei der deutschen Wehrmacht hat den qualvollen Tod vieler Soldaten verursacht.

Die aktive Schutzimpfung besteht aus zwei Impfungen, die im Abstand von 8 bis 10 Wochen vorgenommen werden. Impfkomplicationen kommen praktisch nicht vor; der Impfschutz dauert 10 bis 15 Jahre. Erst dann kann durch eine Nachimpfung weitere und endlich völlige Immunität erreicht werden. Natürlich wird noch viel Zeit vergehen, bis sich die Tetanusimpfung allgemein durchgesetzt hat, zumal ja nur auf freiwilliger Basis geimpft werden kann. Als beste Überbrückungsmethode, vor allen Dingen nach Verletzungen der Haut mit Tetanusverdacht, hat sich die aktiv-passive Tetanusprophylaxe, d. h. die sogenannte Simultanimpfung (gleichzeitige), bewährt. Dabei wird, wie bei der ersten Impfung, Gegengiftserum wie bisher und gleichzeitig aktiver Schutzimpfstoff gespritzt, sodann wird nach zwei und zwölf Wochen aktiv nachgeimpft.

Die letztere Methode wird bei uns seit Jahren schon ausgeübt. Jedes Belegschaftsmitglied sollte sich überlegen, ob es sich nicht durch eine aktive Impfung vor einer Verletzung einen sicheren Schutz gegen Wundstarrkrampf schaffen sollte. Die Impfungen erfolgen kostenlos auf freiwilliger Basis in unserer Unfallstation, wo auch nähere Einzelheiten zu erfahren sind.

Dr. med. Gruß, Henrichshütte

BERLIN ist eine Messe wert

(Fortsetzung von Seite 6)

über der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche war die Hochburg ihrer Literaten, Künstler und Freigeister.

Berlin zählte besonders in den zwanziger Jahren zu den ganz großen Weltstädten, nicht nur wegen seiner Bevölkerungszahl, die bereits 1925 die 4-Millionen-Grenze überschritten hatte, sondern wegen seiner weltoffenen Atmosphäre, die selbst im Dritten Reich nicht ganz zu ersticken war. Wirtschaft, Diplomatie, Literatur und Bildende Kunst gingen in dieser Stadt eine Symbiose ein, die wohl einmalig war.

Aber auch heute noch trifft sich alle Welt in Berlin. Wer auf der Straßenterrasse des berühmten Café Kranzler am Kurfürstendamm eine Tasse Kaffee trinkt, der kann ein Publikum an sich vorüberziehen sehen, das in ständig wechselnden Schattierungen den lieben langen Tag scheinbar müßiggehend die eleganten Auslagen in dieser vornehmsten Straße Westberlins betrachtet. Auch heute sind Wirtschaft und Kunstleben zwei dominierende Elemente, die neben dem Hochschulgeist der Freien Universität und der Technischen Hochschule der Stadt wieder ein fast intellektuelles Gepräge geben. Nur die große Diplomatie hat es nach Bonn verschlagen.

Berlin ist auch wieder führende Kongreß- und Tagungsstadt geworden, zur Freude des Fremdenverkehrsgewerbes, das einen wichtigen Wirtschaftsfaktor der Stadt darstellt. Fast im Schatten des alten Reichstagsgebäudes nahe der Sektorengrenze erhebt sich der Sattelbau der neuen Kongreßhalle; an der Budapester Straße, nahe dem Tiergarten mit Blick auf das Brandenburger Tor, die Siegessäule und das Hansaviertel, baute der amerikanische Hotelkönig Hilton seinen ultramodernen Palast der Gastlichkeit.

Die Quadriga steht jetzt wieder auf dem Brandenburger Tor, das auch das Tor ist nach Ostberlin mit seinen 1,2 Mill. Einwohnern: „Die Linden“, die Flanierallee der Monarchie und des Großbürgertums bis 1933, dann Paradenstraße des Dritten Reiches, träumen heute nur von ihrer farbigen Vergangenheit. Noch immer aber führen „Die Linden“ an der alten Berliner Universität vorbei, am Barockbau des Zeughauses und dem Staatlichen Schauspielhaus; sie enden aber nicht mehr am Berliner Stadtschloß der Hohenzollern, sondern am Marx-Engels-Platz, dem Aufmarschgelände der Sozialistischen Einheitspartei, dem das Schloß nach 1945 weichen mußte. Vom „Roten Rathaus“ (einst von Groß-Berlin) kann man die frühere Frankfurter Allee, jenseits des Alexanderplatzes, sehen. Heute heißt sie Stalinallee und ist das städtebauliche Aushängeschild der Arbeiter- und Bauernmacht der DDR: Wohn- und Geschäftsböcke im Mos-

kauer Stil, gekachelt und mit baulichen Schnörkeln versehen, ziehen sie sich in schrecklicher Monotonie nach Osten hin, um sich übergangslos in Altberliner Mietskasernen fortzusetzen. Drei Kilometer städtebauliche Attrappe. Friedrichstraße, einst Vergnügungsviertel, ist heute nur ein grauer Schatten seiner selbst; die Leipziger Straße, vor dem Krieg mondäne Einkaufsstraße, ist heute vorwiegend ein Sammelsurium von verstaubt wirkenden HO-Läden – und Ruinen. Überhaupt bietet das Ostberliner Stadtgebiet, zumal im Bereich der alten City, einen trostlosen Anblick: Ruinenfelder, unbelebte Straßen, graue, freudlose Häuserzeilen...

Der Potsdamer Platz, bis Kriegsende Verkehrsmittelpunkt von Großberlin, ist nur noch verkehrstoter Treffpunkt der amerikanischen, britischen und sowjetischen Besatzungssektoren. Westberliner Zöllner und Ostberliner Volkspolizisten bewachen diesen zum Hinterhof einer Weltstadt degradierten Platz. Unter ihm aber rattern die U- oder S-Bahnen, die einzigen Verkehrsmittel, die noch durchgehend zwischen Ost- und Westberlin verkehren. Straßenbahnen und Omnibusse enden an den Sektorengrenzen ebenso wie Energieleitungen, die Telefonkabel und das Abwassersystem. Die Trennung von Ost und West ist fast vollkommen.

Berlin ist politisch und wirtschaftlich geteilt, der Berliner aber ist unteilbar; er spricht noch immer die gleiche Sprache, ob er nun im westlichen Spandau oder im östlichen Pankow, im westlichen Charlottenburg oder am östlichen Alexanderplatz wohnt. Noch immer ist der Sonntag der Tag der Verwandtenbesuche zwischen Ost und West (und wer hat in Berlin keine Verwandten?); man trifft sich zu Hause oder aber am Wannsee, an der Spree oder Havel. Das Familienkränzchen hat alles überdauert. Ein Bummel am „Kudamm“, von den „reichen“ Westberliner Verwandten finanziert, wer läßt sich nicht gefallen? Das „Café Warschau“ in der Stalinallee ist einen Gegenbesuch wert; warum denn nicht?

Schmerzhaft ist der Schnitt durch die Stadt, den jeder empfindet, aber er hat die Berliner in Ost und West einander nicht entfremden können. Berlin ist ihre Stadt, auch in der Trennung. Die Mentalität der Berliner, ihre Sprache, ihr sprichwörtlicher Fleiß und ihr in schwierigsten Situationen unerschütterlicher Humor sind ein untrennbares Band, das zu zerschneiden der Politik noch nicht gelungen ist.

Westberlin: Hauptstadt im Wartestand; Ostberlin: Hauptstadt der DDR. „Na, macht nichts, denn solange noch die Spree durch ganz Berlin fließt, bleibt immer noch die Hoffnung auf Groß-Berlin, die Hauptstadt ganz Deutschlands.“ Diese Haltung ist typisch für Berlin.

UNSERE TOTEN

HENRICHSLOTTE

Paul Lueck	Pensionär	4. September 1959
Hermann Kirschbaum	Pensionär	17. September 1959
Franz Winkelmann	Autogenbrenner	17. September 1959
Heinrich Jordan	Pensionär	25. September 1959
Hermann Hammacher	Kranführer	27. September 1959

ANNENER GUSSTAHLWERK

Hans Arendt	Konstrukteur	14. September 1959
-------------	--------------	--------------------

VERWALTUNG WITTEN

Fritz Krugmann	Pensionär	10. September 1959
----------------	-----------	--------------------

WIR BEWAHREN INHEN EIN EHRENDES ANDENKEN

RUHRFESTSPIELE

Otto Burrmeister wurde 60 Jahre alt

Der Leiter der Ruhrfestspiele Recklinghausen, Otto Burrmeister, wurde am 15. Oktober 60 Jahre alt. Aus diesem Anlaß veröffentlichen wir über den Mann, dessen Glauben und Handeln nicht nur der deutschen Arbeiterbewegung, sondern dem ganzen Kulturleben unseres Landes ein Werk von europäischer Bedeutung gegeben hat, den nachstehenden Beitrag.

Im Jahre 1947 kam ein Mann von Hamburg ins Ruhrgebiet, um hier mit einem ganz merkwürdigen Schiff – einem Kulturunternehmen der Arbeiterschaft – auf große Fahrt zu gehen. Ein Mann zog aus in ein großes geistiges Abenteuer. Mit den Träumen, aber auch mit der höchst realen Zielsetzung eines Entdeckers. Voll des Glaubens an die Notwendigkeit des selbstgewählten Auftrags, optimistisch in bezug auf die Möglichkeiten seiner Verwirklichung und doch völlig im Bilde über die Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt. In einer von Hunger und Ruinen erfüllten Zeit, einer Epoche der seelischen, moralischen und wirtschaftlichen Zerrüttung ohnegleichen, dachte er an die Zusammenführung aller Geister im Raum der deutschen Kultur, dachte er an die Bildung neu aufsteigender sozialer Schichten.

Dies war ein erregendes, ein revolutionäres Ziel, dessen Verkünder Otto Burrmeister hieß.

PERSONALIEN

Ernennungen

Henrichshütte (ab 1. Sept. 1959)

Dr.-Ing. Werner Rauterkus, Qualitätsstelle, wurde zum Obergeringenieur ernannt.

Annener Gussstahlwerke (ab 1. Sept. 1959)

Heinrich Fieck, Pumpenbau, ist zum Vorarbeiter ernannt worden.

Presswerke Brackwede (ab 15. August 1959)

Joachim Kummer, Betrieb I, wurde zum Vorarbeiter ernannt.

Pensionierungen

Henrichshütte (zum 31. Aug. 1959)

Gustav Figge, techn. Angestellter (Fertigungspl. u. Betriebskalkulation), Erreichung der Altersgrenze

Georg Holbein, kfm. Angest. (Kostenabteilung), Erreichung der Altersgrenze

Henrichshütte (zum 30. Sept. 1959)

Karl Baumgart, Meister (Walzwerk), Erreichung der Altersgrenze

Arnold Thissen, kfm. Angest. (Kostenabteilung), Erreichung der Altersgrenze

Paul Weitowitz, Techniker (Stahlwerk), Erreichung der Altersgrenze

Christian Neher, H.-Arbeiter (Stahlputzerei), Invalide

Wilhelm Grosche, Kernmacher (Stahlgießerei), Erreichung der Altersgrenze

Heinrich Bühne, Kranführer (Eisengießerei), Invalide

Friedrich Summeck, Dreher (Masch.-Betrieb), Invalide

Wir wünschen unseren Pensionären auch für die Zukunft alles Gute.

Peter Hemb wurde 50

Am 3. Oktober beging der Betriebsratsvorsitzer der Henrichshütte, Peter Hemb, seinen 50. Geburtstag. Mit 14 Jahren begann er auf der Henrichshütte als Lehrling in der Modellschreinerei. 1949 wurde er erstmalig in den Betriebsrat gewählt, dessen Vorsitz er nach dem Tode von Fritz Deus 1958 übernahm. In der diesjährigen Betriebsratswahl wurde er in diesem Amt bestätigt. Als Arbeitervertreter gehört er seit zwei Jahren dem Aufsichtsrat der Rheinischen Stahlwerke an. Darüber hinaus ist Peter Hemb Mitglied der Großen Tarifkommission für Nordrhein-Westfalen. Bekannt für sein Verhandlungsgeschick, weiß die IG Metall Peter Hembs Sachkenntnis und seinen abgewogenen Rat zu schätzen, während seine Verhandlungsgegner die Sachlichkeit seiner Argumentation anerkennen.

galt. 1933 folgten Jahre der politischen Verfehlung. Erst nach dem Zusammenbruch 1945 konnte er wieder aktiv am öffentlichen Kulturleben teilnehmen. In Hamburg war er beim Aufbau des Deutschen Schauspielhauses dabei. Während des Winters 1946 fuhr er von hier mit der verzweifelten nach Kohle suchenden Delegation des Theaters ins Ruhrgebiet und kam so in neue, enge Verbindung mit den Bergleuten an der Ruhr.

Im Dankgastspiel, das 1947 Hamburger Bühnen den Bergleuten von Recklinghausen für ihre Kohlegaben abstatteten, fand Burrmeister den Ansatzraum für eine Verwirklichung seiner Ideen. So wurden die „Ruhrfestspiele“.

Es können deren Rang und ihre deutsche, auch europäische, Bedeutung nach dreizehnjährigem Bestehen hier nicht ausführlich behandelt werden. Schon heute aber ist gewiß, daß die Ruhrfestspiele inzwischen zu dem wohl umfangreichsten, alle Kreise des Volkes vereinenden Kulturereignis eines jeden Sommers der Bundesrepublik geworden sind. Sie stehen als eine Schöpfung da, die von der Arbeitnehmerschaft getragen wird. Sie haben darüber hinaus als ein soziales Bildungsunternehmen von eigenwilliger Prägung zur Unterrichtung und Formung des geistigen Weltbildes der Arbeiterschaft sehr gewichtige Arbeit geleistet. Dem Manne, dessen Herz und Kopf, dessen Arbeitskraft und Zähigkeit dieses Werk vornehmlich zu danken ist, gilt unser Gruß.



Für 50 Jahre treue Dienste: Am 7. September überreichte der Bürgermeister von Holthausen, Assiep, dem Werksjubiläum Johann Kirchmeier das ihm vom Bundespräsidenten für 50jährige Werks-treue verliehene Bundesverdienstkreuz (unser Bild). Während einer kleinen Feierstunde im „Adler“ gratulierten der technische Werks-leiter der Henrichshütte, Dir. Laermann, der Leiter der Sozial-abteilung Franzen und der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Meier dem Hüttenjubiläum zu der Auszeichnung.



Jugoslawen besuchten die Hütte: Am 16. September besuchte eine Gruppe jugoslawischer Studenten die Henrichshütte. Einige von ihnen haben schon als Praktikanten in westdeutschen Betrieben gearbeitet. Sehr interessiert gingen sie durch die wichtigsten Betriebe der Hütte, wobei sie sich aufgeschlossen und diskussions-freudig zeigten. In Gesprächen mit Arbeitern und Ingenieuren bekundeten sie Verständnis für das Gesehene und Hochachtung vor unserer Aufbauleistung. Unser Foto zeigt einen Teil der Besuchergruppe am Stahlwerk.



Endphase der Ruhrverlegung: Nachdem die Bauaufsichtsbehörde die Ruhrverlegungsarbeiten abgenommen hatte, wurden am 3. Oktober die Pumpen, die bis dahin das im neuen Ruhrbett steigende Grundwasser abgepumpt hatten, stillgesetzt. Das neue Flußbett der Ruhr ist damit fertiggestellt. Unsere Aufnahme entstand am 2. Oktober und zeigt ein Pumpenabflußrohr, das Grundwasser aus dem neuen Ruhrbett in die alte Ruhr überleitet. Im Hintergrund ist ein Bagger-kran damit beschäftigt, den unteren Riegel – vorbereitend zum Durchstich – zu verschmälern.



Als Sohn eines Arbeiters in Hamburg-Barmbek geboren, hatte er sich nach dem Besuch der Volksschule selbst weitergebildet. Dann war er in der Arbeiterjugend tätig, insbesondere in kulturpolitischen Aufgaben, denen seine besondere Neigung

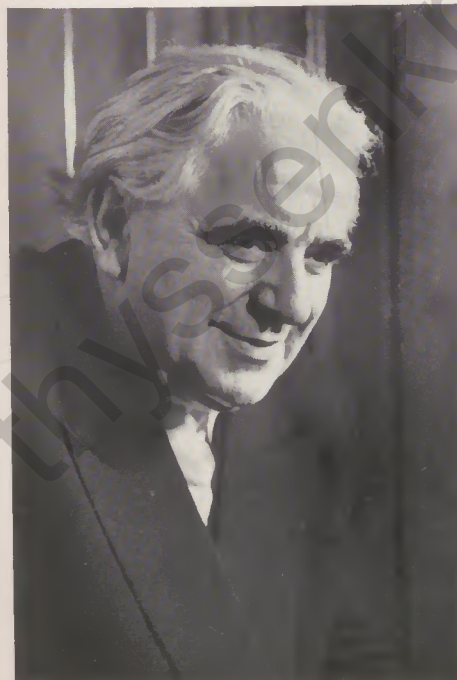




foto des monats